

Nieder mit Imperialismus und Reaktion



Kein Kernkraftwerk in Brokdorf

KBW

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland

**Nieder mit Imperialismus und
Reaktion**

**Kein Kernkraftwerk in Brok-
dorf**

Herausgegeben von der
Regionalleitung für Norddeutschland und Westberlin
des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion: Ständiger Ausschuß der Regionalleitung
Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover
Eigendruck im Selbstverlag
1. bis 6. Tausend, Dezember 1976
Preis: 1 DM

Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf

35 000 Menschen haben in Brokdorf am 13. November am Bauplatz des Kernkraftwerks (KKW) demonstriert, 6 000 in Kiel am Dienstag abend, den 13. November, gegen das Parlament und die Regierung.

LKW's mit Baumaterial für das Kernkraftwerk werden angehalten und mit Parolen bemalt, in einem Fall 150 Meter von einer Polizeiwache entfernt.

Bauern demonstrieren am 2. Dezember auf dem Kreisbauerntag im Kreis Steinburg gegen das Kernkraftwerk und die bürgerliche Bauernverbandsführung.

Polizisten verweigern den Einsatz in Brokdorf. Stoltenberg kann sich nur mit einem Hubschrauber in Brokdorf einfliegen lassen.

Wie ist es dazu gekommen?

Die bürgerliche Klasse und ihre Parteien lassen verkünden, das sei nur wilde Wut, die sich legen würde. Gleichzeitig muß sich die Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft (NWK) auf dem Bauplatz einmauern.

Die DGB-Führung springt bei: Heinz Oskar Vetter erklärt die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes zu Sonderinteressen, die der Kapitalisten zu allgemeinen Interessen der Gesellschaft. Er sagte: Bürgerinitiativen verlieren da ihre Existenzberechtigung, wo sie ihre Sonderinteressen um jeden Preis durchsetzen würden. Matthöfer (SPD-Atomminister) sagt, er sei nun auch überzeugt: Wenn Brokdorf nicht gebaut würde, gingen die Lichter aus. Eine einfache, schlichte Antwort. Was soll er auch herumreden? Sein „Bürgerdialog Kernenergie“ hat den Kampf nicht verhindert. Und: Diese Volksbewegung ist kein Strohfeuer. Sie ist die Antwort auf die gesetzmäßige Entwicklung des Imperialismus.

Im November 1973 ließ die NWK über die Landesregierung mitteilen, daß sie in Brokdorf ein Kernkraftwerk bauen zu lassen wünsche. Dagegen gab es Widerstand und die zunehmende Erkenntnis, daß man es mit einem starken, entschlossenen Gegner zu tun hatte, gegen den man nur organisiert und geschlossen sein Kampfziel durchsetzen kann. So entstand die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU). Sie wurde im Januar 1974 in Brokdorf mit zuerst

120 Mitgliedern aus der näheren Umgebung Brokdorfs gegründet. Damals gelang es noch bürgerlichen Kräften, in der Satzung den Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen als Ziel anzugeben, aber nicht „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf“. Damals wie heute war dies ein Spaltungsversuch der bürgerlichen Kräfte in der Bewegung. Die Zerstörung der Lebensbedingungen der Massen soll zur Natur-eigenschaft der Technik erklärt werden, wogegen man den bürgerlichen Staat zum Schutz der Umwelt aufrufen will.

Die BUU organisierte Veranstaltungen in Brokdorf, auf denen die NWK und Regierungsbeamte zuerst noch den Mut hatten, aufzutreten. Nicht lange, denn ihre ungerechten Ziele blieben nicht verborgen, sondern wurden mehr und mehr erkannt. So ging's nicht weiter für die NWK. Sie machte „Geschenke“ (Kindergarten, öffentliche Toiletten), versprach ein Schwimmbad, das die Gemeinde nur finanzieren kann aus den Steuereinnahmen des Kernkraftwerks. Der Bürgermeister ließ sich kaufen.

„Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“, das war bald häufig zu lesen, an mancher Wand, auf Straßen und in der bürgerlichen Presse. Der Bürgermeister meldete: Er fühle sich bedroht! Im November 1974 erfolgte der erste große Zusammenstoß mit dem Staatsapparat: auf dem sogenannten ersten Erörterungstermin. Zu seiner Vorbereitung wurden 31 000 Unterschriften in vier Wochen gesammelt.

Stoltenberg und Clausen sollten herkommen. Das haben sie schon damals nicht gewagt. Stattdessen erfolgte der erste Spaltungsversuch: Stoltenberg ließ über den CDU-Bundestagsabgeordneten von Hassel mitteilen, daß Kommunisten, genauer der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), die Initiative unterwandert hätten. Daran war richtig, daß Mitglieder von Sympathisantengruppen des KBW seit Gründung der BUU in ihr arbeiten. Lächerlich war die Vorstellung, die Einheit zwischen den Zielen der Arbeiter und den Bauern würde durch Unterwanderung hergestellt und nicht im Kampf. Zu unterwandern versuchen mußten allerdings die Opportunisten aller Schattierungen den Kampf gegen das Kernkraftwerk, indem sie sich scheinbar auf die Beschlüsse der BUU stellten und sie dann nicht durchführten. Ihr Ziel war es, die BUU von dem Aktionsziel „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf“ weg und hin zu einem Gesprächskreis für Gerichtsprozesse zu bringen. Es ist ihnen nicht gelungen.

„Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“, die Forderung konnte seit-

dem nicht mehr zu Fall gebracht werden. Sie stand. Und der Weg zur Durchsetzung des Ziels wurde mehr und mehr in der Bewegung bewußt geklärt. Die Selbständigkeit der Bewegung machte so einen weiteren Fortschritt. Nicht in Verhandlungen mit staatstragenden Beamten, sondern durch Kampf waren Erfolge zu erzielen. So wurde am 30. April ein Maifeuer der BUU in Brokdorf organisiert, um diese Einheit zu demonstrieren. Der Polizeiposten Brokdorf meldete 900 Teilnehmer. An dieser Aktion beteiligten sich viele Arbeiter und die Arbeiterjugend aus den umliegenden Städten.

Im Mai 1975 hielt Stoltenberg seine Regierungserklärung im Kieler Parlament. Die BUU beschloß, ihren Willen zu erklären. Sie schickte eine Delegation von Bauern, Arbeitern und Hausfrauen mit einem Transparent ins Parlament. Dem Staatsapparat blieben nur Hunde und das Mobile Einsatzkommando, um die Forderungen des Volkes aus dem Sitzungssaal zu entfernen.

Im Sommer 1975 wurde ein Straßentheater aufgeführt, welches in zehn Aufführungen 2 000 Menschen aus den Dörfern und Städten der umliegenden Gegend besuchten. Ein großer Erfolg. Schäumende Wut bei der NWK, dem Staat und den bürgerlichen Parteien.



Die Darsteller des Theaterstücks „Sein oder Nichtsein“

Sie versuchten die Aufführungen zu verhindern. Das gelang nicht; da versuchten sie über die bürgerliche Presse zu retten, was zu retten war. Sie entdeckten einen Kommunisten in der Theatergruppe. Das hat ihnen den folgenden Leserbrief eingebracht, den die „Wilster Zeitung“ abdrucken mußte:

Jetzt versucht man es mit antikommunistischer Hetze

Die „Wilster Zeitung“ vom 5. Juli macht eine ungeheure „Entdeckung“. Bei der Theaterrevue der Bürgerinitiative spielt ein Kommunist mit. Dabei wird Bezug genommen, daß ich ein Flugblatt des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) auf dem Erörterungstermin presserechtlich gezeichnet habe. Das ist zweifellos richtig. Entscheidend daran ist aber doch der Inhalt. Hier wurde aufgezeigt, wie „demokratisch“ der damalige Versammlungsleiter LMR Schwarze den Anwesenden erklärte: „Sie haben hier gar nichts zu entscheiden!“, als sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage (sie müssen werktags arbeiten) die Verlegung des Termins auf ein Wochenende forderten.

Es sind plumpe Methoden, wie die NWK es am Freitag versuchte. Um die Brokdorfer nach der gezeigten Theaterrevue wieder zu beschwichtigen, wurden Blumentöpfe verteilt. Diese Blumentöpfe werden von den Steuergeldern, die für den Kraftwerksbau zugeschossen werden, und den ständig steigenden Strompreisen bezahlt, also von den Verbrauchern. Dazu kommt, daß wir Kommunisten ständig als Provokateure dargestellt werden. Wer wirklich provoziert, war in Brokdorf gut zu erkennen. Es waren die Herren der NWK, die meinten, mit Zwischenrufen die Vorstellung stören zu können. Jetzt reisen die Herren ständig hinter uns her und arbeiten sogar sonntags. Man wirft uns vor, wir wollten „die Bevölkerung vor unseren Karren spannen, um unsere dunklen Ziele zu verfolgen“ (Herr von Hassel). Was es für dunkle Ziele sein sollen, sagt man aber lieber nicht, weil es nur für wenige in der Gesellschaft ein dunkles Ziel ist, nämlich die Karrierepolitiker und Diätenjäger in den Parlamenten. Diese Herren haben nichts anderes im Kopf, um für wenige den Profit zu sichern und dabei etwas abzubekommen.

Der bisherige Kampf hatte gezeigt, daß das Volk mit dem bürgerlichen Parlament seine Ziele nicht vertreten kann, sondern im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf organisieren muß. Eine Gemeindeabstimmung, die bereits im Dezember 1973 durchgeführt worden war, hatte zwar bewiesen, daß das Volk gegen den Bau des Kernkraftwerks ist, aber sie hatte nichts bewirkt. Bei einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent waren 75 Prozent dagegen. Der bürgerli-

che Staat hatte diese Abstimmung zur Kenntnis genommen und seine Anstrengungen in der Unterdrückung der Massen verstärkt. Das Maifeuer hatte gezeigt, daß man für eine gerechte Sache Unterstützung findet in der Arbeiterklasse und im Volk. Schließlich war es den bürgerlichen Kräften nicht gelungen, die Bewegung auf die Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat festzulegen. Vielmehr hatten sich die Ansichten der Kommunisten bestätigt, daß die Interessen der Bourgeoisie und die der Arbeiter und der Volksmassen unversöhnlich sind und die Massen ihre Ziele gegen den bürgerlichen Staat nur im Kampf durchsetzen können. All dies hat dazu geführt, daß im November 1975 die Bauplatzbesetzung beschlossen wurde.

Inzwischen hatte die bürgerliche Klasse gegen den Aufschwung der Massenbewegung die neuen Staatsschutzgesetze vorbereitet, die die Erörterung von Maßnahmen zur Durchsetzung der Ziele der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat unter Strafe stellen, so die Paragraphen 88 a und 130 a. Diese Gesetze wollten bürgerliche Kräfte zum Mittel nehmen, daß die BUU ihren Beschluß, den Bauplatz zu besetzen, zurücknimmt. Sie haben es nicht erreicht. Den bürgerlichen Kräften in der Initiative blieb nur noch die Nichtdurchführung von gefaßten Beschlüssen.

Im März 1976 dann der zweite und letzte Erörterungstermin. Um sich überhaupt Luft zu verschaffen, wollte der Staat die Kernkraftwerksgegner in zwei Gruppen spalten (montags und donnerstags). Mit starken Polizeikräften und Passierscheinen sollte verhindert werden, daß alle zu einem Termin ihre Kraft entfalten konnten.

Das gelang montags – donnerstags nicht mehr. Die Zersetzung des Polizeiapparates entwickelte sich schwungvoll. Eine Hundertschaft, die am Montag einen von Kernkraftwerksgegnern belagerten Eingang zum Verhandlungssaal räumen sollte, verweigerte den Befehl. Sie zog wieder ab. Ihr Chef stand allein da. Klar war: Die NWK hatte das Volk nicht überzeugt, und von innen war die BUU nicht zersetzt. Da mußte eine andere Sorte Bürgerinitiative her. Sie schickten mangels Masse drei forsche Männer, die sich als Lehrer ausgaben und beim Innenminister angestellt waren – also Verfassungsschutzagenten – nach Wilster. Da machten die einen Stand ihrer Bürgerinitiative „Vernunft nach vorn“ und traten offen für das Kernkraftwerk ein. Der Stand stand nicht lange. Eine spontane Demonstration machte ihm schnell ein Ende. Er wurde umgeworfen und angezündet. „Vernunft nach vorn“ war völlig isoliert.

Reihe Arbeitshefte Kommunismus und Klassenkampf

Wirtschaftliche und politische Entwicklungstendenzen des Imperialismus in der BRD	1	Rohstoffpolitik und Kriegsvorbereitung	2	Restauration und Ausbau der imperialistischen Unterdrückungsmaschinerie	3
Die militärische Lage der westdeutschen Monopolbourgeoisie	4	Ursachen der imperialistischen Bildungsreform	5	Krise – Überproduktion – Inflation	6
Der bürgerliche Staat – Maschinerie der Unterdrückung und Bereicherung	7	Monopolkapital und die „Europäische Integration“	8	Das Netz der sozialen Sicherheit – Fangnetz der Finanzbourgeoisie	9

Umfang je Heft ca. 70 Seiten, Preis 1,20 DM je Heft

Mao Tsetung, Ausgewählte Werke in vier Bänden (1924–1949)

Bd. I (1924–37)	412 Seiten	DM 7,50	Best.Nr.: 1 G-666
Bd. II (1937–41)	560 Seiten	DM 9,80	Best.Nr.: 1 G-888
Bd. III (1941–45)	345 Seiten	DM 7,50	Best.Nr.: 1 G-777
Bd. IV (1945–49)	495 Seiten	DM 9,80	Best.Nr.: 1 G-444

Mao Tsetung, Ausgewählte Militärische Schriften

489 Seiten	DM 9,80	Best.Nr.: 1 G-550
------------	---------	-------------------

Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung

(Taschenausgabe in Plastikeinband)	370 Seiten	DM 1,70	Best.Nr.: 1 G-734
------------------------------------	------------	---------	-------------------

Mao Tsetung, Fünf Philosophische Monographien

175 Seiten	DM 1,70	Best.Nr.: 1 G-962
------------	---------	-------------------

Verfassung der Volksrepublik China

53 Seiten	DM 0,80	Best.Nr.: 6 G-1356
Leinen	DM 2,70	

Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas

108 Seiten	DM 1,40	Best.Nr.: 3 G-1313
------------	---------	--------------------

Hua Guo-feng, Die ganze Partei mobilisieren für noch größere Anstrengungen in der Landwirtschaft und für den Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai

88 Seiten	DM 1,00	Best.Nr.: 3 G-1385
-----------	---------	--------------------

Buchvertrieb Hager GmbH

Postfach 5129
Sandhofer Straße 29
6800 Mannheim
Tel. (0621) 75 20 15/75 77 63

Der Erörterungstermin wurde gründlich ausgewertet, und die Schwäche der bisherigen Organisationsform wurde klar. Es gab nur ein regelmäßiges vierzehntägiges Treffen der BUU in Wewelsfleth. Aber nur wenn sich an jedem Ort der Wille der Massen herausbildet und die Kräfte organisiert werden, konnte der Kampf Fortschritte machen. Darum wurde im Sommer 1976 beschlossen, daß Ortsgruppen aufgebaut werden, die sich Delegierte für eine Delegiertenkonferenz wählen. Dies war ein großer Schritt voran für diejenigen Kräfte, die sich tatsächlich das Ziel gesetzt hatten, eine Massenbewegung zu organisieren, und kein Interesse hatten an einem Club zur internen Meinungsbildung. Heute gibt es 13 Ortsgruppen der BUU.

Für die Zwecke seiner Profitsicherung mußte das Finanzkapital bauen. Die Frage für die NWK-Kapitalisten und den bürgerlichen Staat war immer nur, *wie* die Ziele des Finanzkapitals gegen den Willen der Volksmassen durchgesetzt werden können. Mit dem Bau der Reaktoranlagen ließ das Finanzkapital ebenfalls schon anfangen. So wurde inzwischen z.B. bekannt, daß im Westberliner Werk der Kraftwerksunion, die den Reaktor in Brokdorf baut, bereits im Dezember 1975 Bauteile mit der Aufschrift „Brokdorf“ hergestellt wurden. Und ein Diplomingenieur Braatz stellt in der „Anhörung von Sachverständigen in der 49. Sitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie“ am 2. Juni 1976 in Bonn klar:

„Ich möchte sagen, daß es bis 1985 relativ leicht ist, noch eine Voraussage zu treffen. Zum einen, weil man sich am Energieprogramm der Bundesregierung orientieren kann, zum anderen, *weil alle wichtigen Projekte schon in Arbeit bzw. bestellt sind und wir damit rechnen können, wenn die Genehmigungsverfahren zügig ablaufen, bis zum Jahre 1985 das gesetzte Ziel von etwa 45 000 Megawatt Kernkraftwerkskapazität zu erreichen.*“ (Stenografisches Protokoll, S. 49/6, Hervorhebung vom Verf.).

Das sind schwierige Zeiten für Volksbetrug, für Bürgerdialog und für das bürgerliche Parlament. Um im Bundestagswahlkampf einigermaßen ungeschoren davonzukommen, erzählten die bürgerlichen Parteien von CDU bis DKP, die alle für „friedliche Nutzung der Kernenergie“, also für das imperialistische Energieprogramm und für das Kernkraftwerk in Brokdorf eintraten, daß am besten die Gerichte entscheiden sollen. Weil bekanntlich durch fromme Richtersprüche die reaktionären Ziele der Bourgeoisie auch nicht anders

werden, bleibt dann nur noch der Einsatz der staatlichen Gewaltmittel, um das Kernkraftwerk gegen den Willen der Volksmassen zu bauen.

Im Wahlkampf gestellt, haben die bürgerlichen Politiker dazu folgendes herausgelassen: „Die weitere Frage aus dem Plenum, ob die Verbandsklage bejaht werde, wurde durch den CDU-Kandidaten mit einem klaren ‚Nein‘ beantwortet, während sich die Kandidaten von SPD und FDP ebenso eindeutig dafür aussprachen. Auf die Frage des Sprechers des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Möller, der übrigens auch für diese Partei in Steinburg kandidiert, was geschehe, wenn nach Gerichtsentscheid trotzdem eine Bauplatzbesetzung erfolge, weil die Mehrheit des Volkes es wolle, erklärten die Kandidaten übereinstimmend, *daß nach Abschluß eines rechtsstaatlichen Verfahrens bis zur letzten Instanz der Rechtsstaat seine Mittel einsetzen würde.*“ (Norddeutsche Rundschau vom 14. September 1976, Hervorhebung d. Verf.)

Große Auswahl hatte er nicht mehr, der Rechtsstaat, nach der bisherigen Entwicklung des Kampfes. Also ließ Stoltenberg in einer Nacht- und Nebelaktion den Bauplatz besetzen und mit dem Bau beginnen.

Die Bewegung gegen das Kernkraftwerk und die Bürgerinitiativen als Organisationsform zur Herstellung der Aktionseinheit der Massen wurden schlagartig vor neue Aufgaben gestellt. Die Absicht der Reaktion, den Bau des Kernkraftwerks durch den Einsatz der staatlichen Gewaltmittel durchzusetzen, die Massen einzuschüchtern, hatte genau das Gegenteil bewirkt, hatte Empörung und Wut und den Kampfeswillen gegen die Reaktion geschürt. Beim ersten Angriff auf den befestigten Bauplatz hatten sich etwa 5 000 beteiligt, beim zweiten Angriff 30 000. Diese Massenbewegung gegen den Bau des Kernkraftwerkes durch den bürgerlichen Staat mußte teilweise in den einzelnen Aktionen erneut die Erfahrungen machen, die zuvor in den Kämpfen bereits gemacht worden waren. So mußte beispielsweise auf einer ersten Kundgebung am Bauplatz die Aktionsforderung „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“ erst im Kampf gegen die Vorstellungen von „Umweltschutz“ und „Teufelswerk Kernenergie“ durchgesetzt werden. Die Parole „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“, die zunächst nur von den Kommunisten gerufen wurde, stieß zunächst auf Widerstand und wurde erst am Schluß der Kundgebung von allen gerufen. Mit der Besetzung

des Bauplatzes durch den imperialistischen Staat, mit der bürgerkriegsmäßigen Vorbereitung der Reaktion auf die Unterdrückung des Willens der Volksmassen war nunmehr endgültig die praktische Frage gestellt: *Wer ist der Feind und was sind seine Ziele, welche Kräfte werden ihn besiegen, wie muß der Kampf organisiert werden?* Diese Fragen mußte die Bewegung *praktisch* lösen.

Der Dreh- und Angelpunkt dieser Frage war das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern. Die Reaktion und ihre sozialdemokratischen Stützpfeiler in der Arbeiterklasse hatten das längst erkannt. Sie hatten auch erkannt, daß die Bewegung gegen den Bau des Kernkraftwerks eine entscheidende offene ideologische Flanke hat, an der sie von der Arbeiterklasse und den Volksmassen isoliert werden kann. Es ist die Frage: Richtet sich der Kampf gegen die Technik als solche, gegen die Anwendung der Kernenergie überhaupt, weil ihre zerstörenden Folgen für die Lebensbedingungen der Massen eine *Natureigenschaft der Kernenergie* sind, oder richtet sich der Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat, die die Kernenergie für die Zwecke ihres Profiten anwenden, ist also die zerstörende Wirkung eine Folge der Anwendung der Kernenergie im Kapitalismus. Die Reaktion und die Sozialdemokraten griffen die Bewegung an unter dem Schlachtruf: Mit uns der Fortschritt – gegen die wildgewordenen Maschinenstürmer in der Wilster Marsch! Die Opportunisten aller Schattierungen, Pfaffen, KB Nord, Sozialdemokraten und die DKP versuchten mit allen Mitteln, diese offene Flanke zu erhalten, denn sie wollen die Spaltung, um die Bewegung dem bürgerlichen Staat zu unterwerfen.

Zunächst heulten sie jedesmal auf, wenn die Kommunisten in Aktionen am Bauplatz die Losung vertraten: „Arbeiter und Bauern einig gegen Kernkraftwerke – gegen Imperialismus und Reaktion!“ und „Volksgewalt gegen Staatsgewalt – kein KKW in Brokdorf!“ Dann verlegten sie sich auf Ausschlußanträge gegen die Kommunisten.

Die Schwierigkeiten und neuen Aufgaben, vor die die Bürgerinitiativen mit der Entwicklung des Kampfes gestellt worden waren, versuchten die Opportunisten auszunutzen, indem sie Chaos stifteten und versuchten, den Arbeitern, Bauern und Werktätigen ihre Zeit zu stehlen.

In einem zweimaligen Angriff auf die Baustelle, in der Vorbereitung neuer Aktionen für Anfang Februar, in Demonstrationen,

Kundgebungen, Veranstaltungen und Aktionen gegen den Bau des Kernkraftwerks konnten wichtige Fortschritte erzielt werden im Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat, im Kampf um die Verhinderung des Baus, in der Überwindung der Spaltung. Beim ersten Angriff auf die Baustelle ging es darum, die Bewegung in der Verankerung des Aktionsziels „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“ zusammenzuschließen. Als an mehreren Stellen der Zaun durchbrochen wurde, wurde eine Kundgebung auf dem Bauplatz durchgeführt. Aber es war eine Stelle weitab von der eigentlichen Baustelle. Die Opportunisten versuchten Illusionen über den imperialistischen Staatsapparat zu verbreiten. Sie wollten Lagerfeuerromantik auf der Bauwiese. Nachher waren sie bitterböse über die Gewalttätigkeit des bürgerlichen Staates. Ein Pfaffe verbürgte sich mit seinem Pfaffenwort für die Friedlichkeit des Imperialismus. Als ein kleiner Teil unbedingt auf dem Bauplatz kampieren wollte und in der Nacht der Platz gewaltsam geräumt wurde, da war der Gottesmann tief enttäuscht über das imperialistische Irdental. – Er werde Strafantrag wegen Wortbruchs gegen den Einsatzleiter stellen, erklärte er.

In der Vorbereitung dieses ersten Angriffs und danach nahmen in den vielen Resolutionen und Erklärungen Arbeiter in Betrieben und Gewerkschaften und Soldaten Stellung zu diesem Kampf und unterstützten seine Ziele.

In der Vorbereitung auf den zweiten Angriff auf den Bauplatz war die Klarheit darüber gewachsen, daß nur im Kampf die Ziele der Volksmassen durchgesetzt werden konnten. Alle für die zu erwartenden Auseinandersetzungen mit der Polizei nützlichen Gegenstände waren ausverkauft. Die Masse der 30 000 wollte auf den Platz bzw. unterstützte dieses Ziel. Dennoch war die Bewegung noch zersplittert und es gelang nicht, die Kraft der Massen auf einen Punkt zu konzentrieren, um auf den Bauplatz zu gehen und die Bautätigkeiten einzustellen. Vor den Kämpfen am Bauplatz konnten bürgerliche angebliche Kernkraftwerksgegner wie der CDU-Abgeordnete Gruhl noch die Versöhnung mit dem imperialistischen Staat propagieren. Abschließend gelang es den Kommunisten, einen machtvollen Demonstrationzug zu bilden mit etwa 8 000 Menschen, die unter den Parolen gegen das Kernkraftwerk und unter der Losung: „Wir kommen wieder, das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!“ nach Wewelsfleth zogen. Dies sind wichtige Erfahrungen für

die weiteren Kämpfe, nämlich: daß die Massen nur organisiert und unter einheitlicher Führung ihre Kraft gegen den bürgerlichen Staat entfalten können.



Demonstration der Aktionseinheit am 23. November 1976 in Kiel

Am 23. November führten die bürgerlichen Parteien im Kieler Landtag eine Sondersitzung durch, in der sie sich über ihr Vorgehen gegen den Kampf der Volksmassen vereinheitlichen wollten. Durch Parlamentsmanöver sollte der Kampf der Massen auf die Mühlen des Parlaments gelenkt werden. Eine wesentliche Voraussetzung war die Spaltung der Bewegung über die Losung: „Bau stoppen – nachdenken!“. Das war die Linie der SPD Schleswig-Holsteins. Es ist nicht gelungen. Kläglich ist das Projekt einer Baustoppdemon-

stration der SPD und der DKP gescheitert. Mit einem kümmerlichen Haufen von 120 trotteten sie vors Landeshaus. 6 000 Menschen dagegen hatten sich auf einem Aufruf zusammengeschlossen, dessen Forderung war: „Einstellung der Bautätigkeiten, Räumung des Platzes!“

Unter dem folgenden Aufruf haben die Bürgerinitiative Eckernförde, der Landesverband Umweltschutz sowie der Arbeitskreis Umweltschutz Kiel zu einer Demonstration gegen den Landtag in Kiel aufgerufen. 6 000 Menschen haben sich an dieser Demonstration beteiligt. Dem Aufruf hatten sich 22 Bürgerinitiativen, Vertretungskörperschaften und politische Organisationen angeschlossen, unter ihnen: Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Schülergruppe SWG Gellertstraße, Fachschaftsgruppe Sozialwesen, Kommunistischer Bund Westdeutschland, AStA der Universität Kiel, AStA der Pädagogischen Hochschule Kiel, AStA der Fachhochschule Kiel, KPD/ML, Rote Hilfe Deutschlands (RHD), Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Kiel, Fachschaftsgruppe Physik der Universität Kiel, Naturfreundejugend, Touristenverein, „Naturfreunde“, Wahlfachgruppe Mathematik der Pädagogischen Hochschule Kiel, Evangelische Studentengemeinde.

Aufruf

Weil wir wissen,
daß durch den Einsatz von Kernenergie in den Betrieben Arbeiter und Angestellte durch den Einsatz von mehr Maschinen, d.h. größeren Stromeinsatz, auf die Straße gesetzt werden;
daß trotz der Beteuerung der Kernindustrie die heutigen Kernkraftwerke unsicher sind, speziell das Problem der Wiederaufbereitung und Endlagerung radioaktiven Mülls ungelöst ist;
daß den Bauern durch radioaktive Verseuchung des Landes und damit der Tiere und der Milch die Existenzgrundlage (Milchwirtschaft) entzogen wird;
daß die gesamte Bevölkerung durch Krebs und Schäden am Erbgut im höchsten Maße gefährdet ist;
weil also der Bau von Kernkraftwerken sich gegen die Bevölkerung richtet, deshalb sind wir gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf!

Weil wir wissen,
daß die Grundlagen für die Energieversorgung auch 1985 vorhanden sind, aber
der Bau von Kernkraftwerken nur der Industrie nützt, indem die Industrie billigen Strom erhält, die Haushalte aber über die Erhöhung des Strompreises die gewaltigen Investitionen bezahlen;
das Kernenergieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit andere Konkurrenten ausstechen zu können;
das Plutonium, das in Kernkraftwerken erzeugt wird, zum Bau von Atombomben und damit der Kriegsvorbereitung dienen kann; deshalb sind wir gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf!

Weil wir erlebt haben,
daß die Landesregierung das Kernkraftwerk Brokdorf mit dem Polizeiknüppel und chemischer Keule gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen will, wobei Verletzte und möglicherweise Tote in Kauf genommen werden;
daß sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien am Kernenergieprogramm der Bundesregierung ausdrücklich festhalten; deshalb setzen wir auf die eigene Kraft!

Wir stellen fest:
Die Industrie, die Banken, der Staat stehen auf der einen Seite – der Bürger auf der anderen!
Wir sind jedoch sicher, daß wir gemeinsam den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf verhindern werden, denn wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!
Der Landtag in Schleswig-Holstein sieht sich am Dienstag, dem 23. November, durch die Vorfälle in Brokdorf gezwungen, einen ganzen Tag über Brokdorf zu debattieren. Wir fordern alle auf, am Dienstag in einer mächtigen Demonstration dem Bau des Kernkraftwerks Brokdorf, dem Kernenergieprogramm der Bundesregierung und den dafür verantwortlichen Politikern mit unseren Forderungen entgegenzutreten:
Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten und Räumung des Platzes! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und anderswo!

Dieser Aufruf wurde von 22 Bürgerinitiativen, Vertretungskörperschaften und politischen Organisationen unterstützt. Er dokumentiert einen wichtigen Schritt voran im Zusammenschluß gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf und gegen das Energieprogramm der Imperialisten. Der Aufruf greift den Gegner und seine Ziele an, vertritt die gerechten Ziele der Arbeiter, Bauern und Werktätigen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und vertritt das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft. Der Aufruf ist geeignet, darum zu kämpfen, auf den Platz zu gehen, um die Bautätigkeiten einzustellen. Offen wagt niemand gegen diesen Aufruf aufzutreten. Weil die Reaktion und die Reformisten es nicht wagen, offen die Inhalte des Kampfes anzugreifen, über die sich die Bewegung bisher zusammengeschlossen hat, weil in diesem Aufruf mit dem Angriff auf die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat die offene Flanke der „Maschinenstürmerei“ geschlossen und diese Spaltungslinie zwischen der Arbeiterklasse und den Volksmassen bekämpft wurde, muß die Bourgeoisie einen neuen Weg suchen. Sie versucht die Bewegung durch den Angriff auf die Ziele der Arbeiterklasse, die entschiedensten Vertreter dieser Inhalte zu spalten, durch den Angriff auf die Kommunisten. Aber: Über die Tatsache, daß die Kommunisten den Kampf der Volksmassen unterstützen und die führende Kraft in der Organisation des Kampfes sind, läßt sich die Spaltung nicht mehr durchführen. Das ist bekannt. Über die Tatsache, daß die Kommunisten weitergehende Ziele haben, läßt sich die Spaltung ebenfalls nicht mehr durchführen, denn auch das ist bekannt. Also muß die Bourgeoisie die offene Auseinandersetzung darüber aufnehmen, welche Ziele die Kommunisten vertreten. Sie muß versuchen, die Ziele der Arbeiterklasse und der Kommunisten als Sonderinteressen, ihre Ziele aber als die allgemeinen Interessen der Gesellschaft auszugeben.

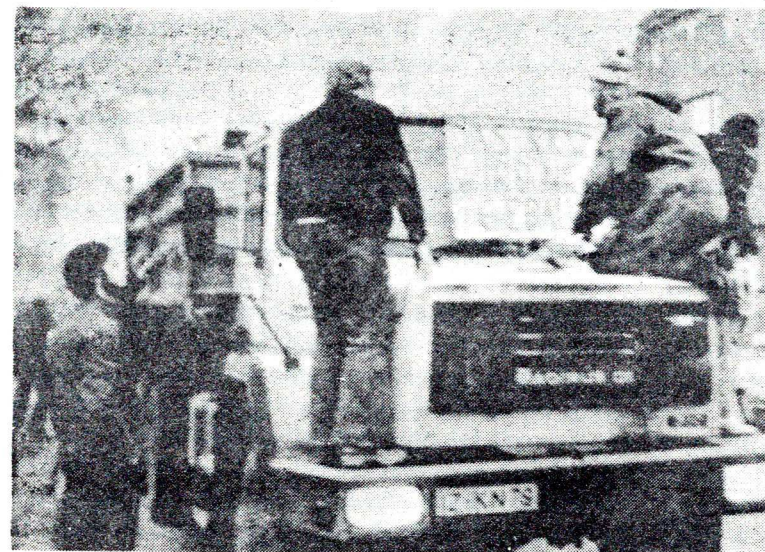
Und so läßt dann die Bourgeoisie derzeit in ihrer Presse enthüllen: daß die Kommunisten der Ansicht sind, daß nicht die Technik gefährlich ist, sondern ihre Anwendung durch die Kapitalisten (Innenminister Titzck), daß die Kommunisten für die Diktatur des Proletariats eintreten (Presseerklärung der Landesregierung).

Die Nachwuchssprößlinge der Sozialdemokratie, die bekanntlich dazu ausgebildet werden, die Revolution zu verhindern und die Ziele des Sozialismus zu verschütten, zerbrachen sich plötzlich den Kopf über den Aufbau des Sozialismus. Die Kommunisten seien gar

nicht grundsätzlich gegen Kernkraftwerke, sondern wären womöglich für Kernkraftwerke im Sozialismus. Deswegen müßten sie jetzt die Aktionseinheit verlassen. Das richtige Stichwort zur rechten Zeit. Auch der KB Nord hatte darauf gewartet, mochte es nur nicht selber sagen. Er schloß sich dem Auszug aus einer Aktionseinheit zur Vorbereitung eines Aktionstages mangels Lust und überhaupt wegen KBW und so an. Das wird nicht gut gehen.

Die Einheit der Arbeiter, Bauern und der Volksmassen festigt sich im langandauernden Kampf. Die Volksmassen sind auf jeder Stufe des Kampfes gegen Kernkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen und Mülldeponien in der Lage, ihren Kampf zu organisieren. Gelingt es der Bourgeoisie an einer Stelle, mit dem Bau zu beginnen, so kämpfen die Massen um die Einstellung der Bautätigkeiten. Sollte es ihr gelingen, eine Anlage fertigzustellen, so kämpfen sie gegen die Inbetriebnahme bzw. für die Einstellung des Betriebs.

Weitere Aktionen werden in Brokdorf vorbereitet. Völlig lächerlich ist die Vorstellung, die Bourgeoisie könnte gegen den Willen der Massen den Bau durchführen. Bauen können sie bekanntlich



Ein LKW der NWK wird gestoppt und mit Parolen bemalt

KKW-Lastzug mitten in Heiligenstedten überfallen

Vor der Ampel gehalten / Mit Plakaten und roter Farbe beschmiert

Heiligenstedten. Nachdem erst kürzlich in Dammfeth ein Lastzug überfallen und beschmutzt worden war, haben radikale Gegner des Kernkraftwerks Brokdorf gestern am hellen Nachmittag gegen 15 Uhr mitten in Heiligenstedten einen zweiten Lastzug überfallen, der Kies zur Baustelle des Brokdorfer Kernkraftwerks bringen wollte.

Der voll beladene Lastzug der Itzehoer Firma Klatt hatte bei Rot vor der Fußgängerampel in Heiligenstedten halten müssen. In diesem Moment waren ca. acht bis zehn Personen auf den Lkw zugesprungen und hatten in Sekundenschnelle die Windschutzscheibe mit zwei Plakaten zugeklebt, die mit Parolen gegen das Kernkraftwerk beschrieben waren.

Außerdem beschmierten die Täter die Seitenteile des Vorderwagens und des Anhängers mit roter Lackfarbe und der Aufschrift „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf“. Den Lkw hinderten sie dadurch an der Weiterfahrt, daß sie den Bremsschlauch zwischen Vorderwagen und Anhänger lösten und dadurch die Bremsen des Anhängers blockierten. Die Täter, unter ihnen wurde auch eine junge Frau gesehen, waren sogar noch so dreist, ihre eigene Tat im Foto festzuhalten. Danach verschwanden sie blitzschnell und flüchteten in zwei Personenkraftwagen, die in der Nähe abgestellt waren.

Die Polizei war bereits kurze Zeit nach dem Überfall am Tatort. Durch den Zwischenfall gab es einen Verkehrsstau, der bis nach Itzehoer reichte.

nicht selber, sondern nur die Arbeiter. Die Einheit der Arbeiter und Bauern, der produzierenden Klassen, wird den Bau verhindern.

Es gibt keinerlei Grund, der imperialistischen Bourgeoisie die Herrschaft über die Produktivkräfte dieser Gesellschaft länger zu überlassen. Alles spricht dafür, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobern muß, um den Sozialismus aufzubauen. Dafür spricht nicht zuletzt das Atomprogramm der westdeutschen Imperialisten selber, das nichts anderes ist als der Versuch, die Galgenfrist des Imperialismus zu verlängern. Erreicht werden soll das durch den Versuch, unter den Fesseln des Imperialismus neue Produktivkräfte freizusetzen für die Zwecke der Imperialisten. Das ist nur möglich durch die gleichzeitig tausendfache direkte und potentielle Vernichtung der Produktivkräfte der Gesellschaft, des Menschen und der Natur.

Das Energieprogramm des Finanzkapitals – imperialistisches Programm gegen die Arbeiterklasse und das Volk

Falsche Ansichten, die die Kampffront spalten

„Kernenergie ist Teufelswerk. Da soll man die Finger von lassen. Wo die Kapitalisten sie schon daran haben, sollen sie sie auch davon wegnehmen.“

So hörte man es von Leuten, die am Bauplatz in Brokdorf Totenköpfe als Transparente trugen und Särge mit sich herumschleppten. Was sie dabei im eigenen Kopf hatten, wird dadurch nicht besser, daß sie im Sarg Leitern trugen, wie einige naseweise bürgerliche Zeitungsschreiberlinge zu berichten wußten, die gewissenhaft ihrer Informationspflicht nachgekommen waren.

Ein anderer ist Jens Scheer. Der hat einstmals auch schon bessere Zeiten gesehen als Kernphysiker. Jetzt aber, wo er sich durch den Fleischwolf der verschiedensten bürgerlichen Ansichten der Gruppe um die Zeitung Rote Fahne gezwängt hat bzw. gedreht wurde, braust er mangels nützlicher Beschäftigung mit dem Motorrad durch die Wilster Marsch. Landauf, landab erzählt er zum dutzendsten Male, welche nachweislich gefährlichen Folgen Kernenergie hat, wenn sie frei herumstrahlt. Als wenn das jemals bestritten worden wäre.

Ansonsten sprach er beim ersten Angriff auf den Bauplatz seine Überraschung darüber aus, daß die Demonstranten es geschafft hätten, den Zaun zu durchbrechen. Als wenn die Arbeiterklasse je bezweifelt hätte, daß sie in der Lage ist, gemeinsam mit den Volksmassen jeden Zaun zu durchbrechen, wenn die Einheit der Massen hergestellt ist. Aber eben darum geht es.

Des weiteren trat Jens Scheer sehr entschieden dafür ein, daß man nun unbedingt auf dem Platz aushalten muß, wo man schon mal drauf ist (wenn auch am entgegengesetzten Ende der Bauarbeiten). Denn: Wer weiß, morgen kann der Zaun schon höher sein.

Wieder andere sind bei der SPD und den Jusos. Sie treten ein für Denkpause und Klärung der „Entsorgung des Atommülls“, denn das sei das *eigentliche* Problem. Dabei bleibt einigermäßen schleierhaft, wieso im Kampf der Bauern der Wilster Marsch das „Problem“ ausgerechnet der *Abfall* des Reaktors sein soll und nicht schon das

Kernkraftwerk selber. Des weiteren ist man überrascht zu hören, wie die Beseitigung ausgerechnet des Atommülls im Kapitalismus „geklärt“ werden soll, wo bekanntlich jegliche Entsorgung der kapitalistischen Wirtschaft darin besteht, sich durch weitere Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter, durch die Ausplünderung und Unterdrückung und durch die Zerstörung der Lebensbedingungen der Massen von allem zu „entsorgen“, was keinen Profit bringt, ob vermittels Abwälzung von Kosten oder durch schnellstmögliche und profitgünstigste Freisetzung überschüssiger Radioaktivität.

Ob mit Totenkopf oder SPD-Parteibuch: Alle diese Ansichten laufen darauf hinaus, den kapitalistischen Produktionsprozeß, in dem die Kapitalisten aufgrund ihres Eigentums an den Produktionsmitteln die Arbeiter ausbeuten, zum neutralen Produktionsprozeß zu erklären. Die Folgen der kapitalistischen Profitproduktion werden zur natürlichen Eigenschaft der Dinge. Die natürliche Eigenschaft der Kernenergie sei es, zerstörend auf die Produktivkräfte zu wirken. Man muß die Kapitalisten darauf hinweisen, zumindest sorgfältig damit umzugehen. Der Staat soll sie dazu anhalten.

Gemeinsam mit dem Finanzkapital und dem imperialistischen Staat die Ausuferungen der Technik bändigen! Das soll das Ziel dieser Ansichten sein.

Der Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse, unter denen jegliche Entwicklung der Technik und der Produktion nur geschieht zum Zweck der weiteren Ausbeutung der Arbeiterklasse, und der Kampf gegen den bürgerlichen Staat, der das Privateigentum der Kapitalisten schützt, mit dem Ziel, ihn zu stürzen, der soll verhindert und unterdrückt werden.

Die falschen Anschauungen, auf die sich diese politischen Absichten stützen, entsprechen wirklich nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die sollen im folgenden untersucht werden.

Bei aller Verrottung und Verkommenheit ist die imperialistische Bourgeoisie doch noch in der Lage, die Ziele ihres Energieprogramms, den Zweck ihrer Anwendung der Kernenergie einigermaßen deutlich darzulegen. In einer kürzlich herausgegebenen Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung schreiben die Herren Dolinski und Ziesing über „Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte“ (Berlin 1976) folgendes:

„Die Frage nach der Versorgungssicherheit einer Volkswirtschaft

muß grundsätzlich für alle Güter – in hervorragendem Maße jedoch für Rohstoffe und Nahrungsmittel – gestellt werden. Ihre ausreichende und gesicherte Verfügbarkeit ist entscheidend für das reibungslose Funktionieren des gesamten Wirtschaftslebens. (...)

In den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas, in Japan, in den USA ist die Verfügbarkeit und Nutzbarmachung ausreichender Energiequellen entscheidend gewesen für die wirtschaftliche Expansion der vergangenen Jahrzehnte.

Der Begriff der Sicherheit der Energieversorgung einer Volkswirtschaft ist grundsätzlich unter zwei Aspekten definierbar,

1. unter einem rein ökonomischen,
2. unter einem vom ökonomischen Standpunkt weitgehend unabhängigen Autarkiegesichtspunkt (z.B. aus militärischen und strategischen Überlegungen).“

Karl Kaiser, seines Zeichens Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, hat eine Studie „Kernenergie und internationale Politik“ (München 1975, Seite 455 f.) herausgegeben, über deren Erstellung in der Einleitung gesagt wird: „Die damalige Projektgruppe nahm ihre Arbeit unter dem damaligen Direktor des Forschungsinstitutes, Prof. Karl Carstens, auf. (...) Die deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und die Fritz-Thyssen-Stiftung haben die erforderlichen Mittel für die Durchführung des Projektes zur Verfügung gestellt. Ihnen gilt hierfür unser aufrichtiger Dank.“ In der Studie heißt es: „Schon seit den fünfziger Jahren begann sich in den westlichen Industrieländern die Einsicht durchzusetzen, daß der Sektor der friedlichen Nutzung der Kernenergie ausgebaut werden müsse. Das Schicksal des Berichts der „Drei Weisen“ ist jedoch typisch für die damalige Entwicklung, denn als die von den drei Experten vorhergesagte Energielücke aufgrund der einsetzenden Ölschwemme aus dem Nahen Osten nicht eintrat, glaubte man, die von den Experten empfohlene Ausdehnung des Kernenergiesektors nur noch mit geringer Dringlichkeit betreiben zu können. Erst die Entwicklungen im Gefolge des arabisch-israelischen Krieges von 1973, insbesondere der Ölboykott und die drastischen Preissteigerungen des Erdöls, änderten die Einstellungen. Nunmehr wurde mit dramatischer Deutlichkeit demonstriert, daß die Zeiten billiger und bedingungsloser Versorgung mit Energie aus Erdöl vorbei waren. (...)

Das Energieprogramm der Bundesregierung ist ein imperialistisches Programm

Die erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom Oktober 1974 setzte das ehrgeizige Ziel, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von 4 vH im Jahre 1973 auf 25 vH für 1980 und auf 45 vH im Jahre 1985 zu steigern. Dies entspricht einer Steigerung der Kernkraftwerksleistung von 2 300 MW auf 50 000 MW. Für die Bundesrepublik würde dies einen Bestand von etwa 50 Kernkraftwerken bedeuten. Auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft wurden von der Kommission ähnliche Ziele formuliert. Im Falle der Bundesrepublik sollte durch die Erweiterung des Kernenergiesektors gemäß den Plänen der Bundesregierung der Anteil des Mineralöls an der Energieversorgung von 55 vH im Jahre 1973 auf 44 vH im Jahre 1985 reduziert werden.

Die Steigerung des Kernenergiesektors wird aber auch deshalb nötig, um durch eine Senkung des Mineralölverbrauchs Druck auf die Preise auszuüben. Daß dies keineswegs unrealistische Strategie ist, ist in verschiedenen Studien aufgezeigt worden. Mit einer durch die Erweiterung des Kernenergiesektors mitbewirkten Senkung der Erdölpreise würde natürlich gleichzeitig eine Reihe anderer Probleme gemildert werden:

- Die Zahlungsbilanzdefizite der Industrieländer würden verringert (daß die Bundesrepublik vorerst keine Defizite hat, ist hier von sekundärer Bedeutung, da sich chronische Defizite ihrer Handelspartner in jedem Fall negativ auf die Bundesrepublik auswirken würden);
- ferner würde der Transfer von Ressourcen zu den erdölproduzierenden Ländern reduziert und damit das Recycling-Problem gedämpft.
- Eine Steigerung des Anteils der Kernenergie muß auch vor dem Hintergrund langfristiger globaler Erwägungen über die Endlichkeit von Ressourcen gesehen werden, denn mit Hilfe der Kernenergie lassen sich die Erdölvorräte der Welt strecken, die in zukünftigen Jahrzehnten weniger der Energieversorgung als der chemischen Produktion dienen sollten.
- Schließlich ist auf der Seite der wirtschaftlichen Gründe für die Steigerung des Kernenergiesektors die Bedeutung der Reaktorindustrie und ihrer Zulieferer für die Wirtschaft der Bundesrepu-

blik und ihre Exportstruktur nicht zu unterschätzen. Im Jahre 1973 betrug die Gesamtausfuhr der kerntechnischen Industrie der Bundesrepublik 188 Millionen DM.“

Man sieht gleich: Das Energieprogramm der Bundesregierung ist ein imperialistisches Programm. Was das Finanzkapital damit alles zwecks Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, Ausplünderung der Volksmassen, imperialistischer Expansion, Ausplünderung der Länder der Dritten Welt und Kriegsvorbereitung erreichen will, ist umfangreich. Nicht weniger umfangreich als die Krise, in der der Kapitalismus steckt. Dem Kampf der Länder der Dritten Welt soll entgegengetreten werden durch Druck auf die Ölpreise, die Bedingungen für den Kapitalexport sollen verbessert werden. Denn wo es verschämt heißt: Die Zahlungsdefizite sollen verringert werden, da kann man auch sagen (wie im Falle der BRD): Die Zahlungsbilanzüberschüsse sollen doch weiter gesteigert und die Mittel für den Kapitalexport freigesetzt werden.

Höchstprofite durch den Export von Kernkraftwerken werden angestrebt. Die weitere Ausplünderung der Länder der Dritten Welt fassen die Herren unter dem verschmitzten Ausdruck „Recycling“, was soviel heißen soll wie Wiederverwertung. Damit meinen sie, daß die für Rohstoffe an die Länder der Dritten Welt gezahlten Werte wieder als Kapital zur Ausbeutung und Mehrwertproduktion eingesetzt werden sollen. Das Problem erübrigt sich, meinen sie, denn das Kapital braucht nicht mehr zurückgeführt zu werden. Man kann sich dann gleich direkt mit Kapitalexport beschäftigen, schließlich haben die Imperialisten mit der Kernenergie die Kriegsvorbereitung im Auge. Das Kernproblem des imperialistischen Energieprogramms und der Anwendung aber ist offensichtlich und schlicht: das „reibungslose Funktionieren des gesamten Wirtschaftslebens“. Bekanntlich leben die Kapitalisten erst richtig auf, wenn ihre Profitwirtschaft sich so entwickelt, daß sie womöglichst viel unbezahlte Arbeit aus den Arbeitern herauspressen, wenn sie durch Verkauf der von den Arbeitern produzierten Waren damit ihr Kapital profitabel verwerten können. Ausbeutung der Arbeiterklasse, *Produktion von Mehrwert*, also von mehr Wert, als sie der Kauf der Ware Arbeitskraft kostet, das ist ihr Ziel. Dazu besitzen sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Mit allen Mitteln versucht die Kapitalistenklasse dabei die Zeit, die die Arbeiter arbeiten müssen, um ihre eigene Arbeitskraft zu re-

produzieren, um die Lebensmittel herzustellen, die sie zum Leben brauchen, zu verringern und die Zeit, die sie darüberhinaus für die Kapitalisten unentgeltlich arbeiten, zu verlängern. Immer mehr lebendige Arbeit wollen sie aus den Arbeitern herauspressen. Das tun sie durch Verlängerung des Arbeitstages, durch die Intensivierung der Schweißauspressung, das tun sie durch den Angriff auf den Lohn, womit sie den erkämpften Wert der Ware Arbeitskraft senken wollen.

Aber das allein genügt nicht. Es stößt auf physische Grenzen, und vor allem: Es stößt auf die Grenzen des Kampfes der Arbeiterklasse. Es bleibt jetzt nur noch die Möglichkeit, die *gesellschaftliche Produktivkraft* der Arbeit zu erhöhen, das heißt den Wirkungsgrad der eingesetzten Arbeit zu vergrößern. Dadurch stellen die Arbeiter in gegebener Zeit mehr Produkte her. Damit sinkt die Zeit, die die Arbeiter brauchen, um die zur Reproduktion notwendigen Lebensmittel zu produzieren, es steigt die Zeit, in der sie unbezahlte Mehrarbeit für die Kapitalisten leisten.

Durchgesetzt wird dieses Zwangsgesetz der kapitalistischen Produktion vermittelt der Konkurrenz der Kapitalisten. Jedem einzelnen Kapitalisten und jedem einzelnen Konzern geht es darum, einen Extraprofit gegenüber seinem Konkurrenten zu erzielen.

Um die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen, müssen die Kapitalisten *Maschinen* einsetzen. Unter dem Druck der Konkurrenz versuchen die anderen Kapitalisten gleichzuziehen. Der Vorsprung des einen Kapitalisten an Extraproduktivkraft der Arbeiter gegen die des anderen Kapitalisten schwindet. Also muß er diesen Prozeß erneut vorantreiben. Durch Rationalisierung, durch neue Maschinen und neue Produktionsmethoden versucht er Extraprofit zu erzielen. Arbeiter werden überflüssig, sie werden durch Maschinen ersetzt, aus den verbleibenden Arbeitern wird immer mehr herausgepreßt.

Die Maschinen bewegen sich nicht von alleine. Es ist Energie notwendig, damit die Steigerung der Produktivkraft der Arbeiter möglich ist. Die Entwicklung des Stromverbrauchs pro Arbeiter in der industriellen Produktion spiegelt gut wider, wie die Arbeiterklasse in immer größerem Umfang Maschinerie in Bewegung setzt und wie sich die Produktivkraft der Arbeit entwickelt. Das zeigt die folgende Statistik.

Stromverbrauch je geleistete Arbeiterstunde

	Strommenge Kilowattstunde	Entwicklung (1962 – 100)	Jährliche Zunahme %
1959	5,4	82,6	8,6
1960	5,8	88,6	7,3
1961	6,1	92,9	4,8
1962	6,6	100,0	7,7
1963	7,2	109,2	9,2
1964	7,7	118,1	8,1
1965	8,1	124,0	5,0
1966	8,7	132,3	6,7
1967	9,7	148,4	12,1
1968	10,2	156,0	5,1
1969	10,5	159,8	2,5
1970	10,8	165,1	3,3
1971	11,6	175,8	7,4
1972	12,7	192,4	9,5
1973	13,8	209,1	8,7
1974	15,1	228,8	9,4
1975	15,4	233,3	2,0
1976	16,4	248,5	6,5

Quelle: 1959 – 1970 Rolf Krengel, Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern, 11. Folge (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). 1970 – 1975 eigene Berechnung, nach: Wirtschaft und Statistik Nr. 6/1976, 1976 nur Januar.

Die Maschinen muß der Kapitalist kaufen, dazu braucht er Kapital. Im Unterschied zu dem Kapital, das erforderlich ist, um die *Ware Arbeitskraft* anzukaufen, dem *variablen Kapital*, ist das für den Einsatz der Maschinerie erforderliche Kapital das *konstante Kapital*. Es schafft selbst keinen Wert im Unterschied zur *Ware Arbeitskraft*, sondern kann nur Wert abgeben. Es ist aufgehäuften, tote menschliche Arbeit. Im Gegensatz zu den Rohstoffen und auch zur Energie, deren stoffliche Bestandteile in die Produktion eingehen, gehören die *Maschinen* zum *fixen* Kapital. Sie sind in der Produktion fixiert. Sie nutzen sich nur ab und geben schrittweise ihren Wert an

die Produkte ab. *Rohstoffe* sind dagegen *zirkulierendes Kapital*, ebenso die Energie.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion gerät das Mittel der kapitalistischen Profitproduktion, die steigende Produktivkraft der Arbeit, zunehmend in Widerspruch zu seinem Zweck. Zwar gelingt es den Kapitalisten, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern und dadurch den Mehrwert, also anders ausgedrückt die Zeit, in der die Arbeiter unentgeltlich für die Kapitalisten arbeiten, zu erhöhen. Aber: Die Kapitalisten interessiert nicht, was sie absolut mehr aus den Arbeitern herausholen, sondern wie sich ihr *vorgeschoßenes Kapital* verwertet.

Das Atomenergieprogramm der westdeutschen Bourgeoisie soll dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion ist ein immer größerer Maschinenberg, damit ein immer größerer zusätzlicher Haufen von konstantem Kapital, notwendig, um ein zusätzliches Quantum Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszuschinden. Der Mehrwert bezogen auf das gesamte vorgeschossene Kapital, das variable und das konstante, sinkt. Dies ist das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. In der folgenden Statistik aus dem Arbeitsheft 6 zu Kommunismus und Klassenkampf, „Krise, Überproduktion, Inflation“, wird der tendenzielle Fall der Profitrate berechnet. Sie zeigt, daß der *Mehrwert*, nach den bürgerlichen Statistiken das „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit“, bezogen auf das vorgeschossene *Kapital für Anlagen*, das *fixe Kapital*, auf *Vorleistungen*, das *zirkulierende konstante Kapital*, und auf das *variable Kapital*, also das Kapital zum Ankauf der Ware Arbeitskraft, sinkt.

In den Krisen kommt dieses Gesetz gewaltsam zum Durchbruch. Kapital muß vernichtet werden, damit die Profitproduktion wieder floriert, damit das Verhältnis zwischen dem Mehrwert und dem Wert des vorgeschossenen Kapitals sich verbessert.

Zugleich erzwingt das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate den Versuch der Kapitalisten, diesem Gesetz entgegenzuwirken. Damit verschärfen sie nur die Krisen des Imperialismus. Von der Anwendung der Kernenergie erhofft sich das Finanzka-

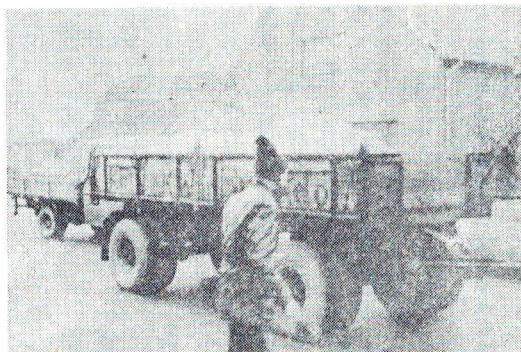
Entwicklung der Profitrate 1950–1973

Alle kapitalistischen Unternehmen (in Millionen DM)						
Jahr	1 Anlage- vermögen	2 Vor- leistungen	3 Bruttoein- kommen aus unselbständi- ger Arbeit	4 Summe	5 Bruttoein- kommen aus Unterneh- mertätigkeit u. Vermögen	6 Profitrate $\frac{5}{1+2+3}$
1950	186 000	171 790	36 930	394 720	25 180	6,379 %
1955	308 000	318 340	68 770	695 110	47 310	6,806 %
1960	559 000	502 150	116 430	1 177 580	94 190	7,998 %
1965	972 000	719 880	186 980	1 878 860	127 840	6,804 %
1967	1 143 000	742 250	197 050	2 082 300	130 700	6,27 %
1968	1 151 000	824 190	212 080	2 187 270	152 370	6,966 %
1969	1 246 000	944 720	238 850	2 429 570	162 180	6,675 %
1970	1 454 000	1 065 320	282 460	2 801 780	178 410	6,36 %
1971	1 681 000	1 141 380	316 550	3 138 930	187 120	5,96 %
1972	1 885 000	1 210 050	345 490	3 440 540	201 540	5,857 %
1973	2 073 000	1 375 120	391 160	3 839 280	219 520	5,717 %

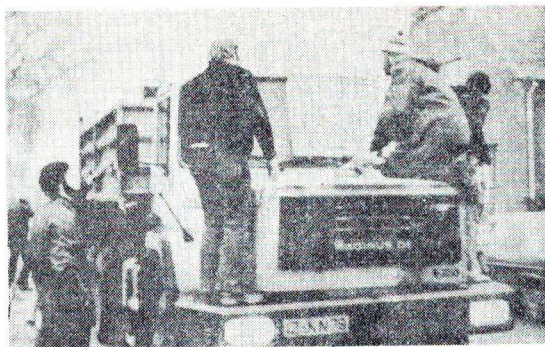
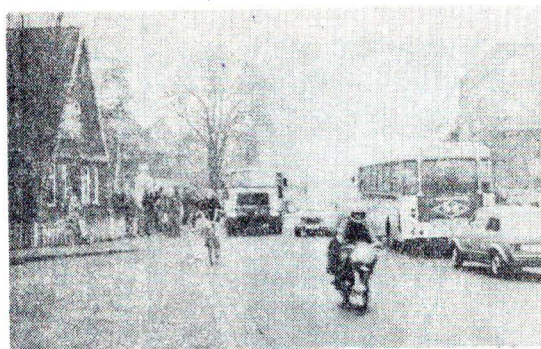
Verarbeitende Industrie (in Millionen DM)						
1960	155 608	193 630	61 670	410 908	33 120	7,8 %
1961	175 313	207 010	69 890	452 213	34 920	7,63 %
1962	196 768	219 030	77 660	493 458	33 870	6,86 %
1963	213 024	225 260	81 310	519 594	34 330	6,61 %
1964	230 689	248 810	88 620	568 119	38 850	6,88 %
1965	254 369	272 690	98 720	625 779	42 800	6,96 %
1966	277 168	281 130	105 470	663 768	40 700	6,29 %
1967	290 017	274 950	102 660	667 627	39 360	6,03 %
1968	285 513	316 630	112 690	714 833	53 130	7,40 %
1969	311 479	372 960	130 000	814 439	56 220	6,97 %
1970	359 193	427 330	154 720	941 243	60 400	6,6 %

Zahlen aus Statistischen Jahrbüchern, insbesondere 1970 und 1975, sowie DIW, Statistische Kennziffern.

Kein KKW in Brokdorf!



Sofortige Einstellung der Bauarbeiten!



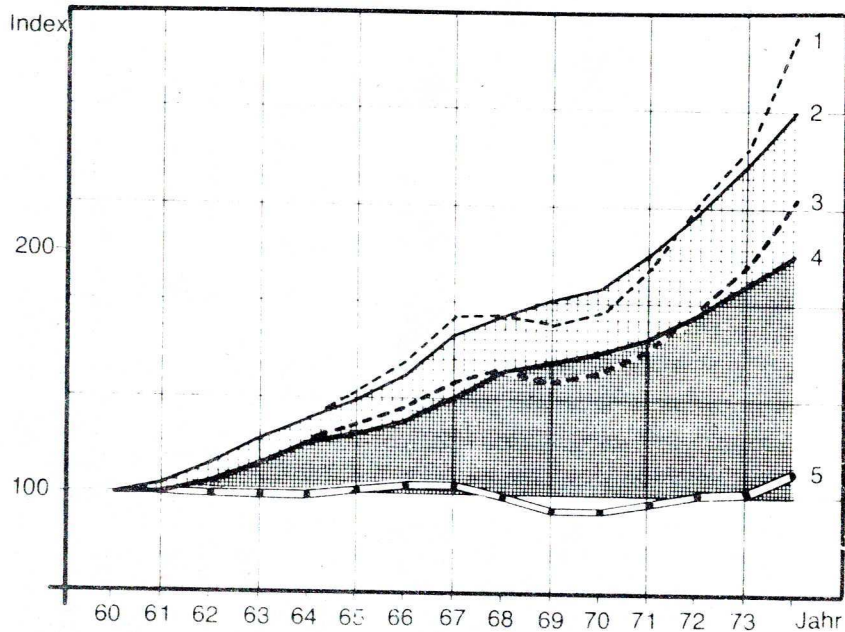
Räumung des Bauplatzes durch die NWK!

Am 3. Dezember 76 wurde in Heiligenstedten, nahe Itzehoe, ein LKW, der Kies für den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf transportierte, gestoppt. Er wurde mit Parolen und Plakaten gegen den Bau des KKW versehen. Diese Aktion – wie schon die Demonstrationen in Brokdorf, Kiel und anderen Städten Schleswig-Holsteins – zeigt, daß das Volk viele Mittel und Möglichkeiten hat und anwendet, um den Bau des KKW zu verhindern. Der bürgerliche Staat will den Bau gegen den entschlossenen Willen des Volkes durchsetzen. Es wird ihm nicht gelingen! Denn das Volk schließt sich zusammen und führt den Kampf entschlossen weiter.

pital, die gesellschaftliche *Produktivkraft der Arbeit* zu erhöhen, den Prozeß der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Rationalisierung weiter voranzutreiben, aber zugleich das *vorhandene konstante Kapital* zu *verbilligen* und das notwendige *Anwachsen* des konstanten Kapitals bei der weiteren Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zu vermindern, und zwar so:

1. *Verbilligung des zirkulierenden Kapitals für Energie soll erreicht werden.*

Die folgende Statistik (entnommen der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 47/1976) zeigt die Entwicklung des Energieverbrauchs der Kapitalisten für die Profitproduktion. Gleichzeitig sieht man, in



- 1 Stromkosten pro Arbeiterstunde (42,34 / 122,31 Pfennig)
 - 2 Stromverbrauch pro Arbeiterstunde (5,8 / 15,1 Kilowattstunden)
 - 3 Stromkosten pro Beschäftigtem (702,99 / 1 568,40 Pfennig)
 - 4 Stromverbrauch pro Beschäftigtem (9 630 / 19 363 Kilowattstunden)
 - 5 Strompreis pro Kilowatt „Sondertarif“ (7,3 / 8,1 Pfennig pro Kilowattstunde)
- In Klammern jeweils die Werte 1960 / 1974

welchem Umfang es den Kapitalisten gelungen ist, ihren Strombedarf über die Volksmassen zu finanzieren. Man sieht es daran, daß die Strompreise für die Kapitalisten kaum gestiegen sind.

Aber das genügt ihnen nicht.

Nach wie vor bilden die Energiekosten einen wichtigen Anteil an den Gesamtkosten der kapitalistischen Produktion. Dazu folgende Aufstellung (aus: Dolinski, Ziesing. a.a.O., S. 171):

„Die Branchen mit den höchsten Gesamtenergiekosten . . . sind innerhalb der *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie*

- die Eisenschaffende Industrie mit 18,6 vH
- die Industrie der Steine und Erden mit 14,6 vH
- die Ziehereien und Kaltwalzwerke mit 12,4 vH
- die Chemische Industrie mit 12,2 vH

bei der *Verbrauchsgüterindustrie*

- die Glasindustrie mit 12,7 vH
- die Feinkeramische Industrie mit 10,2 vH

sowie in der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie*

- die Zuckerindustrie mit 10,9 vH.“

2. *Wie können die Energiekosten als Teil des konstanten Kapitals gesenkt werden?*

Den Kapitalisten kommt ein besonderer Umstand der Energieträger zugute: Kohle, Erdöl und Uran sind Rohstoffe. (Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Denn die Imperialisten streben an, sich auch davon zu befreien. Zum Beispiel steht für die Kernverschmelzung das ganze Meerwasser als Grundstoff zur Verfügung.) Von der Produktion und Verarbeitung industrieller Güter unterscheidet sich ihre Produktion und Verarbeitung dadurch, daß man Zugang haben muß zu den Stellen der Lagerung. Wer das Eigentumsrecht an Grund und Boden hat, auf dem die Rohstoffe vorkommen, muß dem Kapitalisten die Förderung erlauben. Er verlangt einen Monopolpreis für die Tatsache, daß er dem Kapitalisten die Möglichkeit zur Förderung gibt. Auf Grund dieses Eigentumsrechts wird ein Teil des Mehrprodukts der Gesellschaft an ihn als

Grundrente bezahlt. Folgendes muß man berücksichtigen. Als natürlich vorkommende einzelne Rohstoffe sind Kohle, Erdöl und Uran unterschiedlich, aber als Energieträger sind sie gegeneinander ersetzbar.

Die Kapitalisten profitieren nun bei der kapitalistischen Anwendung der Kernenergie von folgendem Umstand. Uran ist gegenüber Öl und Kohle ein ergiebigerer Energieträger. Das heißt, daß die Aufwendung an Rohstoffmenge Uran pro Energieeinheit verglichen mit dem Erdöl gering ist. Es geht also weniger Grundrente in den Preis der aus Kernenergie gewonnenen Energie ein als in den Preis der aus Erdöl gewonnenen Energie. Was die Imperialisten also mit der Anwendung der Kernenergie erreichen, ist die Verbilligung des konstanten Kapitals durch die Verringerung von Grundrentenanteil pro Endenergieeinheit. Diese Befreiung von der Last der Grundrente betrieben die Imperialisten mit der Anwendung der Kernenergie planmäßig. Dazu dienen ihnen die Wiederaufbereitungsanlagen und dazu sollen die schnellen Brüter dienen, die spaltbares Material selbst erzeugen. Hier wittern die Imperialisten neue Möglichkeiten, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken.

Im Hinblick auf die Energieproduktion ist also die Kernenergie tatsächlich billig, was das eingehende zirkulierende Kapital, das Uran, betrifft und die Grundrente, die darauf gezahlt wird. Hohe Kosten verursacht den Kapitalisten nur der Bau der Kernenergieanlagen. Aber erstens wird ein großer Teil davon von den Massen über den bürgerlichen Staat bezahlt und zweitens verringern sich diese Kosten mit dem Umfang der Kernenergieproduktion. Schließlich hat die Anwendung der Kernenergie für die Imperialisten noch weitere Vorteile: Die Transportkosten sind gering. Das führt dazu, daß zum Beispiel überall in der BRD Uran zum gleichen Preis zu haben ist für die Kapitalisten, anders als beim Öl. Um diese Tatsachen zu belegen, haben wir im folgenden einige Daten abgedruckt.

Spezifische Brennstoffkosten (einschl. Transport- und Lagerhaltungskosten)
in DM/kWh_{net}

Bezugspunkte	Steinkohle ¹⁾	Braunkohle ²⁾	Heizöl ³⁾	Kernenergie ⁴⁾
1 Hamburg	0,0252	0,0231	0,0177	0,0053
2 Oldenburg	0,0234	0,0166	0,0193	0,0053
3 Hannover	0,0233	0,0137	0,0180	0,0053
4 Hamm	0,0200	0,0159	0,0188	0,0053
5 Düsseldorf	0,0200	0,0129	0,0182	0,0053
6 Koblenz	0,0232	0,0159	0,0183	0,0053
7 Kassel	0,0238	0,0170	0,0214	0,0053
8 Mannheim	0,0237	0,0168	0,0177	0,0053
9 Stuttgart	0,0249	0,0173	0,0202	0,0053
10 Freiburg	0,0252	0,0197	0,0187	0,0053
11 Nürnberg	0,0260	0,0186	0,0206	0,0053
12 Regensburg	0,0263	0,0200	0,0193	0,0053
13 München	0,0266	0,0206	0,0199	0,0053
14 Berlin-West	0,0260	—	0,0209	0,0053

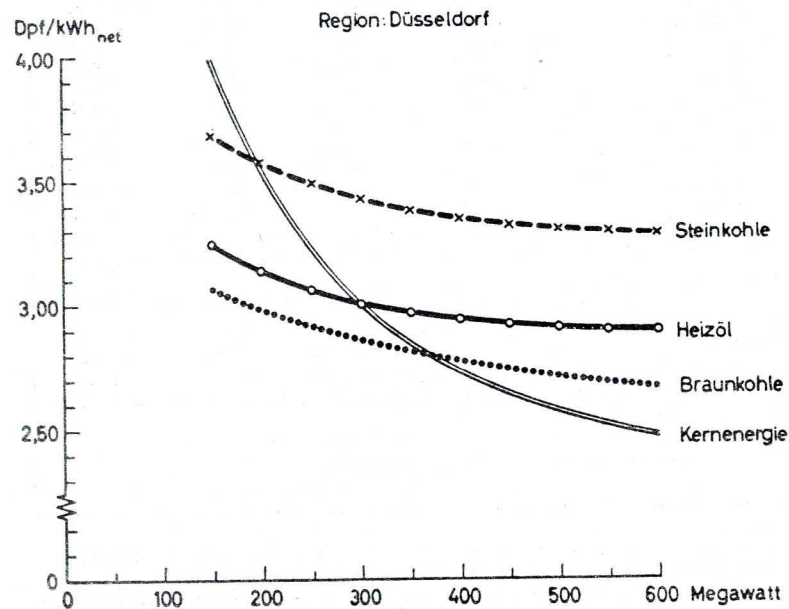
¹⁾ Fob Grube 62,50 DM/t SKE, spez. Verbrauch 0,320 kg SKE/kWh_{net}. —
²⁾ Fob Grube: Rheinland 9,50 DM/t Helmstedt 14,00 DM/t spez. Verbrauch 0,350 kg SKE/kWh_{net}. —
³⁾ Fob Raffinerie 76,— DM/t einschl. Steuer, spez. Verbrauch 0,315 kg SKE/kWh_{net}. — ⁴⁾ Proportionale Brennstoffkosten ohne leistungsabhängige Brennstoffkosten. Berechnung nach dem EURATOM-Handbuch der Kernenergiekostenrechnung und nach Kalkulationsgrundlagen der AEG und Siemens AG:
 Konzentratkosten = 8 \$/lb U₃O₈ (1 lb = 454 g),
 Konversionskosten in UF₆ = 2,65 \$/kg U,
 Anreicherungskosten = 30 \$/kg U Trennarbeit.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Die Einsatzmöglichkeiten von Kernkraftwerken in der Elektrizitätswirtschaft in der BRD bis 1985. (West-)Berlin 1968, Seite 53

Die Tabelle zeigt, daß bei der Kernenergie die niedrigsten Brennstoffkosten bestehen bezogen auf eine Kilowattstunde. Dies liegt am unterschiedlichen Wirkungsgrad der jeweiligen Rohstoffe für die Produktion von Strom. Für die Produktion einer Kilowattstunde sind 0,320 kg Steinkohle, 0,315 Steinkohleinheiten Öl notwendig. Mit einem Kilogramm Uran können 47 619 Kilowattstunden produziert werden.

3. Durch die Anwendung der Kernenergie drücken die Imperialisten auf die Grundrente für Erdöl und Kohle.

Erdöl und Kernenergie sind nicht nur Naturprodukte zur Energieerzeugung, sie gehen auch als Rohstoffe unmittelbar in die Produktion ein. Damit verbilligen die Kapitalisten erneut konstantes Kapital. Nicht zuletzt das ist damit gemeint, wenn in den Hochglanzbroschüren des Forschungsministeriums stets zu lesen ist, Kohle und Erdöl seien viel zu kostbar, um einfach zur Energieproduktion verfeuert zu werden.



Die Stromerzeugungskosten moderner Kraftwerke mit unterschiedlicher Brennstoffbasis in Abhängigkeit von der Kraftwerksgröße

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. a.a.O., Seite 77

Die Tabelle zeigt Stromerzeugungskosten von Kraftwerken mit unterschiedlichen Energieträgern in Abhängigkeit von der Kernkraftwerksgröße. Daraus geht hervor, daß die Kosten für Strom aus Kernenergie rasch abnehmen mit der Größe der Kernkraftwerke.

4. Das Zwangsgesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ist die Ursache für die Zerstörung der Lebensbedingungen der Massen und Beschleunigung der Ruinierung der Bauern.

Die Anwendung der Kernenergie erfordert einen hochentwickelten Arbeitsprozeß, damit sie zweckentsprechend, d.h. ohne Schaden für die Gesellschaft, behandelt werden kann. Im Kapitalismus sind aber alle Arbeitsmittel zur Bearbeitung der Kernenergie lediglich Kapital, und zwar konstantes Kapital. Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals war aber gerade der Zweck der Anwendung der Kernenergie durch die Imperialisten. Notwendigerweise unterliegt auch der Produktionsprozeß von Kernenergie diesem Gesetz. Das heißt, die Kapitalisten werden alles daran setzen, den Kapitaleinsatz für die Bearbeitung der Kernenergie zu senken. Das ist die Grundlage für die zerstörende Wirkung der Anwendung der Kernenergie im Imperialismus. Als ersten Schritt zur Durchsetzung des Atomprogramms hat die Bourgeoisie daher von ihrem Parlament eine „Strahlenschutzverordnung“ verabschieden lassen, die die Abgabe von radioaktiven Stoffen genehmigt und regelt. Wenn aus Kostengründen nötig, wie z.B. für den Bau der Wiederaufbereitungsanlagen, werden die zulässigen Höchstwerte erhöht, z.B. beim Jod 129 auf das Zehntausendfache.

Für die Bourgeoisie ist die menschliche Arbeitskraft eine Ware wie jede andere, die bezahlt werden muß, die daher zusammen mit allen in der Produktion entstehenden Kosten zum Zwecke der Verringerung der Kosten untersucht wird. So hat auch die „Internationale Strahlenschutzkommission“ die Frage der Grenzwertbestimmung für radioaktive Stoffe behandelt:

Mao Tsetung

Ausgewählte Werke in vier Bänden 1924–1949

Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking

Band I (1924–1937)

412 Seiten

DM 7,50

Best.Nr.: 1G-666

Band II (1937–1941)

560 Seiten

DM 9,80

Best.Nr.: 1G-888

Band III (1941–1945)

345 Seiten

DM 7,50

Best.Nr.: 1G-777

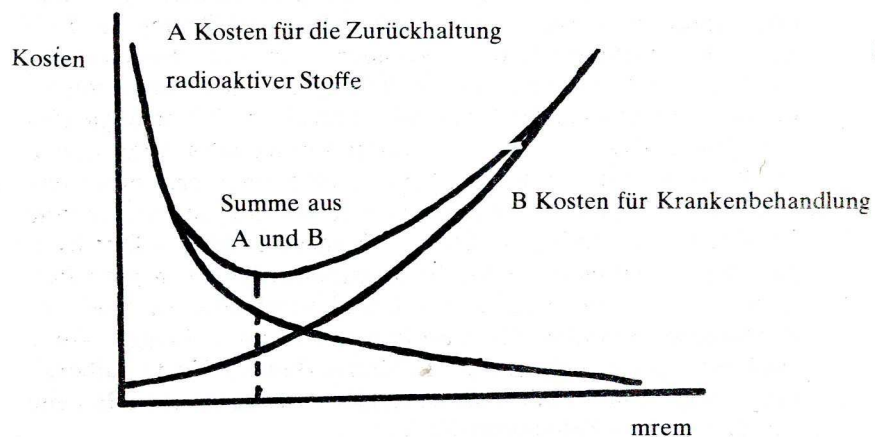
Band IV (1945–1949)

495 Seiten

DM 9,80

Best.Nr.: 1G-444

Darstellung eines Verfahrens, die Kosten für Zurückhaltung von radioaktiven Stoffen gegen die Kosten für Krankheiten durch Strahlenverseuchung aufzurechnen, um ein Kosten-Minimum zu finden. Nach der Publikation Nummer 22 der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP).



A Kosten für die Zurückhaltung radioaktiver Stoffe (geringe mrem-Zahl gleich hohe Kosten).

B Kosten für Krankenbehandlung (geringe mrem-Zahl* gleich geringe Kosten).

Die Empfehlung der Kommission lautet, die Grenzwerte dort festzulegen, wo die Summe aus A und B die geringsten Kosten hervorruft.

* mrem: Tausendstel rem

Rem ist eine Einheit, die die biologische Wirksamkeit radioaktiver Strahlung berücksichtigen soll. Da die biologische Wirksamkeit radioaktiver Strahlung erst teilweise bekannt ist, ist sie nur ein Schätzwert, der z.B. nicht berücksichtigt, daß Kinder wesentlich empfindlicher als Erwachsene sind. Errechnet wird sie aus der Strahlendosis, multipliziert mit einem Qualitätsfaktor der entsprechenden Strahlungsart.

Die Strahlendosis (RAD) von 1 RAD hat ein Körper aufgenommen, wenn pro Kilogramm 0,01 Jule Energie aufgenommen wurden.

Nichts zeigt deutlicher die Verrottung des Imperialismus. Die Anwendung der Kernenergie führt unter dem Zwangsgesetz der kapitalistischen Profitproduktion dazu, daß die Lebensbedingungen der Massen zerstört werden. Für die Bauern bedeutet das, daß ihre Ruinierung beschleunigt wird, denn die Anwendung der Kernenergie zerstört und beeinträchtigt die Produktivkraft ihrer Produktionsmittel. Das wichtigste davon ist der Boden, d.h. aber nichts anderes als daß die Grundrente, die sie auf ihren Grund und Boden erhalten, sinkt bzw. auf den Preis ihrer Produkte drückt. Dies verstärkt ihre Abhängigkeit von den Banken und beschleunigt ihre Ruinierung.



Die Bauern treten gegen die Ruinierung ihrer Existenzgrundlage auf (Erörterungstermin in Wilster, November 1974)

5. Das Energieprogramm der Imperialisten dient der imperialistischen Expansion und der Kriegsvorbereitung. Bereits in der Begründung der Ziele des imperialistischen Energieprogramms durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft wurde klar vertreten, daß das Energieprogramm den Kapitalexpert vorantreiben und durch den Export von Kernkraftwerken den westdeutschen Imperialisten Extraprofite gegenüber den anderen Imperialisten verschaffen soll. Die Konkurrenz der Imperialisten untereinander

der, das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, in deren Windschatten der BRD-Imperialismus an der Neuaufteilung der Welt teilnehmen will, verstärkt die Faktoren für den Krieg.

Rivalität der beiden Supermächte, der US-Imperialisten und der Sozialimperialisten, entwickelt sich um die Herrschaft über die Produktionsanlagen und die Beherrschung einer gut ausgebildeten Arbeiterklasse in Europa. In dieser Lage soll die Anwendung der Kernenergie günstige Bedingungen für die westdeutschen Imperialisten schaffen, selbst verstärkt im Kampf um Einflußsphären einzugreifen.

Der Krieg ist der gewaltsame Zusammenstoß produzierender Gesellschaften. Um sich auf den imperialistischen Krieg vorzubereiten, muß das westdeutsche Finanzkapital versuchen, seine ökonomische Stärke gegenüber den anderen Imperialisten zu entwickeln. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Energie. Die Anwendung der Kernenergie, die die Kapitalisten von der Grundrente befreien soll, soll zugleich dazu beitragen, „autark“ in der Energieversorgung zu werden, was die Imperialisten zumindest für eine entsprechende Zeit durch Lagerhaltung vorbereiten. Darüberhinaus aber schaffen sich die Imperialisten die Möglichkeit, mit der Anwendung der Kernenergie sich zugleich selbständig in der Versorgung mit Rohstoffen zu machen. Denn bei genügend hohem Einsatz von billiger Energie ist es den Imperialisten möglich, ihre Rohstoffbasis für den imperialistischen Krieg zu sichern durch synthetische Herstellung von Rohstoffen wie z.B. Synthesegas oder durch die Weiterverarbeitung der Kohle durch Kohleveredelung. Dementsprechend sieht ihre Zielsetzung aus:

„Das bedeutet gleichzeitig die Verfolgung des Ziels der Umstrukturierung des Energieverbrauches zugunsten des Einsatzes der leitungsgebundenen Energieträger Erdgas, Strom und Fernwärme. Dabei sollten die Entwicklungen unterstützt werden, die darauf hinauslaufen, daß der Primärenergieträger Erdgas ab Ende der achtziger Jahre / Anfang der neunziger Jahre durch Synthesegas ersetzt werden kann und die Erzeugung der Sekundärenergieträger Strom und Fernwärme weitgehend auf der Basis von Kernenergie erfolgt.“ (Dolinski/Ziesing, a.a.O., Seite 303)

Entweder die Revolution verhindert den Krieg, oder der Krieg treibt die Revolution hervor. Das ist der Grundsatz der Arbeiterklasse gegen das Programm der Reaktion. Die Arbeiterklasse kämpft für die erste Lösung, sie bereitet sich aber auch auf die zweite vor. In jedem Fall werden die Arbeiterklasse und die Volksmassen den Imperialismus stürzen.

**Programm und Statut
des
Kommunistischen
Bundes
Westdeutschland**

KBW **Kommunistischer
Bund
Westdeutschland**

DM 0,80

Auflage bisher 150 000

Best.Nr.: 10100

*auch lieferbar in Englisch, Italienisch, Portugiesisch,
Serbokroatisch, Französisch und Spanisch*

Das Kernkraftwerk beschleunigt die Ruinierung der Bauern

Versteigerung! – Hiermit gebe ich im Auftrag des Bauern . . .

So eine Anzeige ist ein alltägliches Bild in jeder landwirtschaftlichen Zeitschrift. Sie zeigt an, daß eine Bauernfamilie endgültig ruiniert worden ist. Als Lohnabhängige werden sie in Zukunft ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Bis jetzt hatten sie ihre Arbeitsprodukte verkauft.

Die bürgerlichen Politiker reden von „Gesund schrumpfen“. Sie lassen damit richtig durchblicken, daß ein kranker Zustand herrscht. Sie lassen allerdings offen, ob er bei dem Bauern herrscht oder ob es die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Ob es ein Einzelschicksal ist für den Bauern – oder eine Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus. Sie sagen, daß das Gesund schrumpfen für den Ausbau einer „leistungsfähigen Landwirtschaft“ notwendig sei. Für wen?

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Produktion an privaten Produktionsmittelbesitz gebunden. So auch bei den Bauern. Sie



besitzen Hof, Boden, Maschinen. Der Unterschied zu den kapitalistischen Produktionsmittelbesitzern besteht darin, daß die Klein- und Mittelbauern selbst produzieren und daß ihr Einkommen gerade dazu ausreicht, wenn überhaupt, um ihre Familie zu ernähren, daß sie aber im Gegensatz zu Großbauern und Großkapitalisten wie Heeremänn keine Lohnarbeiter ausbeuten. Darum ist ihr Eigentum auch kein kapitalistisches.

Auf dem Bauplatz in Brokdorf stehen große Schilder: „*Privateigentum – Betreten verboten*“. Stoltenberg rühmt sich in jeder Fernsehansprache und in jedem Interview, daß das Privateigentum der NWK gegen die wütenden Bauern und das Volk geschützt werden muß. Hierzu dient seinen Aussagen nach allein der gewaltige Polizeieinsatz. Schließlich sei die Würde des Menschen unantastbar, und die hat ihre Grundlage im Privateigentum.

Die Bauern in der Wilster Marsch wissen, wessen Würde der bürgerliche Staat schützt. Es ist das kapitalistische Privateigentum. Das Eigentum der Kapitalistenklasse, auch das der NWK. Die Bauern wissen, daß Stoltenberg das Eigentum der kleinen Bauern nicht schützt, sondern die Ruinierung und Unterdrückung der kleinen Bauern maßgeblich politisch organisiert hat.

Karl Marx und Friedrich Engels stellten vor 120 Jahren bereits fest: „In eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, Peking 1970, Seite 53)

Heute sagt der Plan des Landwirtschaftsministers Ertl offen, daß bis 1985 nochmal 50 Prozent der verbliebenen Höfe ruiniert werden. Das ist jeder zweite Hof. Man sieht, groß ist der Unterschied im „Schutze des Privateigentums“. In Wilster hat das ein Bauer gegen die anwesenden bürgerlichen Politiker so ausgedrückt: „Uns wird immer gesagt, die Polizei soll in Brokdorf Eigentum schützen. Ich kann nur sagen, wenn bei mir auf dem Hof Hochspannungsmasten gesetzt werden sollen, werde ich das verhindern. Ich habe nicht das Kapital, eine Berliner oder Brokdorfer Mauer zu bauen, ich kann nur einfach Stacheldraht ziehen. Und dann kommen die gleichen Polizisten und setzen den Bau der Hochspannungsmasten durch. Dann gibts einfach eine einstweilige Verfügung und sie verjagen mich von meinem Eigentum. Das wollte ich mal zur Klarstellung der Sache, hier würde Eigentum

gesichert, einmal sagen.“ (Aus einem Bericht der Bezirksbeilage Holstein über eine Veranstaltung in Wilster, auf der die Vertreter der bürgerlichen Parteien wegen des Baus des Kernkraftwerks in Brokdorf zur Rechenschaft gezogen wurden)

Die Bauern der Wilster Marsch haben den Kampf gegen den bürgerlichen Staat aufgenommen. Sie kämpfen gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf, weil damit ihre Ruinierung beschleunigt wird.

In der Wilster Marsch ist die Viehwirtschaft mit dem Schwerpunkt der Milchwirtschaft vorherrschend. Die Bauern produzieren in Familienbetrieben. In der Wilster Marsch arbeiten wesentlich mehr Menschen als kleine und mittlere Bauern als in anderen Gegenden der BRD und Schleswig-Holsteins. Im Westen des Kreises Steinburg arbeiten immer noch mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Im Bundesdurchschnitt der BRD sind es 8 Prozent. Entsprechend groß ist also auch der Teil derjenigen Bauern, die durch den Bau des Kernkraftwerks von ihrem Land vertrieben werden.

Mit dem Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals geraten die Klein- und Mittelbauern zunehmend in Abhängigkeit vom Finanzkapital. Sie geraten zunehmend unter den Druck der Unterwerfung der Landwirtschaft unter den kapitalistischen Produktionsprozeß.

Sie müssen, um im Konkurrenzkampf mitzuhalten, der immer größere Technisierung erfordert, sich immer stärker an die Banken sowie die Düngemittel- und Futtermittelkonzerne verschulden, bis zur Pleite. So sank die Zahl der Höfe im Kreis Steinburg im Zeitraum von 1960 bis 1973 von 3 095 auf 2 674. Die Zahl der langfristigen Kredite stieg von 1960/61 bis 1975 von 410 DM auf 2 354 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. (Statistische Grunddaten für den Kreis Steinburg)

Für die Bauern, die übrig bleiben, heißt das jetzt nicht, daß sie fein raus sind. Sie sind gezwungen, wollen sie überleben, ihre Betriebe zu vergrößern. Im gleichen Zeitraum steigt die Nutzfläche von durchschnittlich 22,1 auf 28,5 Hektar. Das bedeutet weitere Verschuldung und zunehmende Arbeitsleistung. 12 bis 14 Stunden Arbeitstag ist in der Landwirtschaft keine Seltenheit.

Die Ruinierung der Bauern hat sich in den Milchwirtschaftsbetrieben so ausgewirkt: Durch die kapitalistische Konzentration im



Meiereibereich sank in Schleswig-Holstein die Zahl der Meiereien von 1960 bis 1973 von 486 auf 155, wurde die Milch der Bauern nicht mehr zweimal, sondern nur noch einmal am Tag abgeliefert, was eigentlich ja ein Fortschritt ist. Für die Bauern hieß es jetzt aber, daß sich jeder eine Kühlanlage anschaffen mußte, was auch zu roten Zahlen führte, wenn es nicht bei einigen sogar der letzte Schritt zur Pleite war.

Durch den Bau des Kernkraftwerkes wird die Milchwirtschaft in der Umgebung des Kernkraftwerkes strahlenbelastet. Die radioaktiven Bestandteile lagern sich im lebenden Organismus an, also auch in den Kühen. Die Milch wird verseucht werden. Die Folgen dafür liegen klar auf der Hand – es müßte Ackerbau betrieben werden. Dafür aber reicht die Größe der jetzigen Höfe nicht – vier von fünf Bauern müßten aufgeben. Das ist der Grund für den Widerstand der Bauern gegen das Kernkraftwerk. Ein

Bauer drückte das so aus: „Ja, wenn der Reaktor gebaut wird – wir sind hier mit unserem Hof praktisch verheiratet. Wir können nicht wegziehen. Das ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen unmöglich. Wir werden uns so lange wehren, wie wir können, wir werden uns eben dagegen wehren.“

Von 1973 bis 1974 stieg der Tritiumgehalt in der Milch bei Stade

In der Wilster Marsch leben die Bauern im wesentlichen von Milch- und Viehwirtschaft. Die Gefahr ist daher besonders groß, daß die Milch durch Radioaktivität ungenießbar wird, denn die Kühe müssen sich ja in der Nähe der Kernkraftwerke ernähren. Wie aktuell diese Gefahr ist, wird aus zwei Jahresberichten der Bundesanstalt für Milchforschung Kiel deutlich, obwohl dort nur das Tritium untersucht wird:

1973: „Da es in der Bundesrepublik bisher an exakten Tritiumbestimmungen in der Milch aus der näheren Umgebung von Kernkraftwerken fehlte, wurden während der gesamten Weideperiode des Jahres 1973 monatlich Tritiumbestimmungen in Milch- und in Oberflächenwasserproben aus der unmittelbaren Umgebung des Kernkraftwerks Stade durchgeführt. Es ergab sich sowohl für Milch als auch für Oberflächenwasser ein Gehalt an Tritium zwischen 150 und 250 pCi/l. Diese Untersuchung soll fortgesetzt werden, da dieses Radionuklid auf längere Sicht mit der zu erwartenden Ausweitung der Kernreaktorkapazitäten an Bedeutung gewinnt.“

1974: „Die Tritiumbestimmungen in Milch und im Oberflächenwasser aus der Umgebung des Kernkraftwerks Stade ergaben im Jahre 1974 Werte zwischen 150 und 600 pCi/l. Im Mittel lagen die Werte höher als im vorhergehenden Jahre. Wahrscheinlich beruht die Zunahme auf einer stärkeren Auswaschung der Atmosphäre durch die stärkeren Niederschläge. Zusammenhänge zwischen den gemessenen Tritiumwerten und dem Reaktorbetrieb können erst nach mehrjähriger Überwachung festgestellt werden.“

Der Gehalt hat also zugenommen und Aussagen übers Wetter sind möglich, nicht jedoch über das Kernkraftwerk.

Die Führung des Deutschen Bauernverbandes (DBV), die nicht gegen das Kernkraftwerk eintritt, hat die Losung aufgestellt: „Gesunde Landwirtschaft, gesunde Volkswirtschaft“. Sie will Versöhnung der arbeitenden Bauern mit dem Finanzkapital. Die Lage der kleinen und mittleren Bauern erlaubt aber keine Versöhnung.

Die Lage eines Bauern in Kudensee – „Man kummt dormit lang“

Zur konkreten Situation in der Landwirtschaft befragten wir einen Bauern aus Kudensee. Er hat einen Hof von 22 Hektar. Ein Teil ist Eigenbesitz und ein Teil ist gepachtet. Es ist für die nähere Umgebung ein relativ großer Hof. Er betreibt Milchwirtschaft und Jungviehzucht. Zeitweise betrieb er auch Ackerbau und hatte bis zu 12 Hektar unter dem Pflug. Das war aber nur möglich, weil seine Frau, sein Sohn und sein Schwiegervater mitarbeiteten. Die Frau verstarb und sein Sohn mußte woanders Geld verdienen. Zu zweit war der Ackerbau nicht mehr zu schaffen. Im Sommer fallen 12 bis 14 Stunden Arbeit an. Wochenende und Urlaub gibt es nicht. Fällt jemand durch Krankheit aus, so wird es problematisch. Es gibt zwar einen Betriebshilfsdienst von der Alterskasse, aber der ist total überlastet.

Der Bauer muß von der Arbeit auf seinem Hof leben: „Man kummt dormit lang“, und es reicht, den Betrieb in Ordnung zu halten. Größere technische Neuerungen wie eine automatische Stallentmistung kann er sich nicht leisten. Durch die Industrialisierung soll er jetzt zehn Hektar Land abgeben, weil es im Entwicklungsbereich liegt. Bayer will dort eine Wasserleitung durchlegen, und ein Rangierbahnhof und die Brücke über den Nord-Ostsee-Kanal gehen über sein Land.

Die verbleibenden 12 Hektar reichen aber nicht, um sich davon ernähren zu können. Da wäre nur ein karger Nebenerwerb möglich. Er will aber um jeden Preis Bauer bleiben. Deshalb forderte er von Bayer, daß sie ihm alle 22 Hektar abkaufen, oder sie sehen zu, wo sie ihre Wasserleitung langlegen. Außerdem verlangte er einen Preis, von dem er einen neuen Hof kriegen kann.

Diese Forderungen waren Bayer zu hoch, und sie wollten nur die 10 Hektar haben. Sie strengten beim Amt ein Zwangsenteignungsverfahren an. Beim ersten Verhandlungstermin legte er noch einmal seine gerechten Forderungen dar. Weil Bayer nicht einwilligte, wurde der Termin vertagt. Bayer stand unter einem erheblichen Zeitdruck, denn sie brauchen die Wasserleitung bis zum Herbst, da sie sonst nicht produzieren können. Eine Woche später willigten sie zähneknirschend ein. Ein Prozeß hätte sich nämlich über Jahre hingezogen. Der Bauer wußte aber auch von seinem Glück. Ein langer Prozeß hätte ihm das Genick gebrochen, denn so etwas kostet viel Zeit und Geld. Beides hat er aber nicht. Im Mai 1977 will er das Geld für sein Land bekommen. Er hofft, bis dahin einen brauchbaren Hof zu finden.

„Landwirtschaft dient allen“, sagt die DBV-Führung. Ein Hohn: Die Arbeit der Klein- und Mittelbauern dient nur dem Finanzkapital, und das Volk wird über den Markt für Lebensmittel zusätzlich durch die Kapitalisten ausgeplündert.

Im Kapitalismus ist die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern unaufhaltsam. Das Kernenergieprogramm der Imperialisten beschleunigt diesen Prozeß. Die Bauern werden vertrieben von Haus und Hof und geraten durch die Verschuldung in völlige Abhängigkeit von den Banken. Sie werden ausgeplündert und unterdrückt durch den bürgerlichen Staat. Unter diesen Bedingungen gibt es für die Klein- und Mittelbauern keine Existenz. Die planlose Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft führt auf der anderen Seite zur Vergeudung und Zerstörung gesellschaftlicher Produktivkräfte. Eine planvolle Entwicklung der Landwirtschaft und damit für das Volk billige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel gibt es nur im Sozialismus.

Im Sozialismus werden die Bauern bewußt und planvoll den Übergang zur kollektiven Produktion organisieren. Denn beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte läßt sich auch die land-

KBW

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland

**kommunistische
volkszeitung**

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Die **Kommunistische Volkszeitung** erscheint jeden Donnerstag. Sie wird herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW).

Einzelpreis: DM 0,50

Ein Jahresabonnement kostet DM 36,00, Halbjahresabonnement DM 18,00. Vierteljahresabonnement DM 9,00. Bestellungen an Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim.

wirtschaftliche Produktion nur gesellschaftlich organisieren. Die kleinen und mittleren Bauern müssen gemeinsam mit der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk für den Sturz der Ausbeuterordnung und für den Aufbau des Sozialismus, einer blühenden Zukunft eintreten. Nicht die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Kommunisten, sind die Feinde der Bauern, sondern die bürgerliche Klasse.



In China wird eine blühende Landwirtschaft aufgebaut

Der bürgerliche Staat dient nur den Interessen der Kapitalisten!

In den vorhergehenden Kapiteln wird der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Imperialismus und der Kernenergie dargestellt und entwickelt.

Der Imperialismus ist Kapitalismus im höchsten Stadium. Er hat seinen Entwicklungshöhepunkt bereits überschritten und befindet sich im verfaulenden Zustand (eine Million Arbeitslose, 70 Prozent Kapazitätsauslastung in der Industrie, Häufung schwerer Unfälle usw.).

Seine Grundlage hat er im Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Gesellschaft wird geschieden in die besitzlosen und ausgebeuteten Klassen und die besitzende Kapitalistenklasse, die nur aneignet. Mit dem bürgerlichen Staat übt die Kapitalistenklasse die Herrschaft über die Arbeiterklasse aus.

„Der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums entspricht das ständige Anwachsen des Staatsapparates. Der Staat, geschäftsführender Ausschuß der Bourgeoisie und notwendiges Produkt der kapitalistischen Klassengesellschaft, verwandelt mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefergehend werden die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben. Teilweise nimmt der Staat die Produktion in eigene Regie und wird selbst zum Kapitalisten. Gleichzeitig gewinnt der staatliche Unterdrückungsapparat zunehmend Vorrang vor allen anderen Seiten der Staatstätigkeit. Der Druck des bürgerlichen Staates auf die ihm unterworfenen und mit seiner Hilfe ausgeplünderten Massen wächst.“ (Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Seite 13)

So lagern die Kapitalisten z.B. Produktionszweige an ihn aus oder lassen sie ihn organisieren, weil wegen einem relativ hohen konstanten Kapitalteil (z.B. Erstellung von Elektrizitätsleitungen oder Eisenbahnnetzen) diese unterdurchschnittlich profitabel sind.

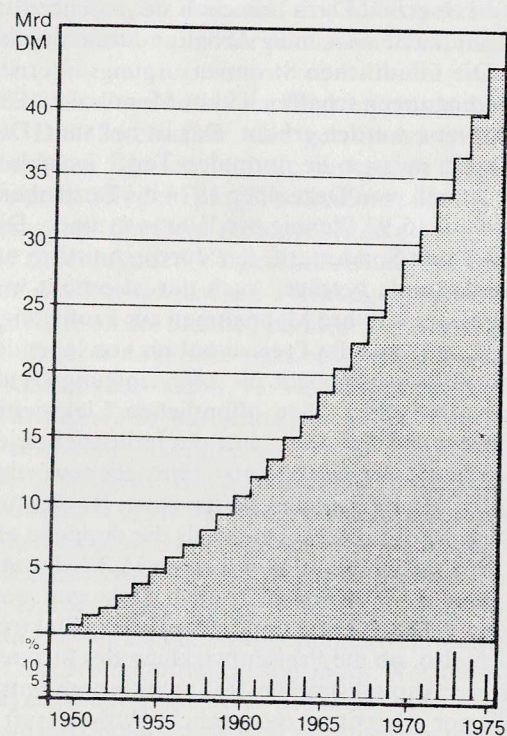
Eine andere Tätigkeit ist der Aufbau des Gewaltapparates, der in Beziehung zu den wachsenden Widersprüchen der Gesellschaft ausgebaut wird. Der Staatsapparat bläht unvermeidlich auf und damit seine Kosten und die Seite der Unterdrückung.

Jetzt zum imperialistischen Energieprogramm: „Sicherung der Energieversorgung“ heißt Zwangssubventionierung der kapitalistischen Rationalisierung durch die Massen über den bürgerlichen Staat. Wie kommt es dazu?

Die Kapitalisten können nur durch gesteigerte Ausbeutung ihre Profitproduktion erhöhen. Dazu ist ein wichtiges Mittel die kapitalistische Rationalisierung, d.h. lebendige Arbeitskräfte durch Einsatz von Energie (Strom) und anderer sachlicher Hilfsmittel der Produktion (Maschinen) zu ersetzen. Dazu brauchen sie „billigen Strom“, d.h. einen Strompreis, zu dem sie billig Arbeiter durch Maschinerie ersetzen können. Die öffentlichen Stromversorgungsunternehmen sollen dafür die Bedingungen schaffen – über Monopol und Staatsvertrag. Die Strompreise werden erhöht. Das ist bekannt. Die sind gespalten. Die Massen müssen die normalen Tarife bezahlen. Die steigen besonders schnell, von Dezember 1974 bis Dezember 1975 z.B. um 14 Prozent auf 15,93 Pfennig pro Kilowattstunde. Die Kapitalisten genießen einen Sondertarif, der durchschnittlich nur 9,4 Pfennig pro Kilowattstunde beträgt. Auch der ist erhöht worden, aber weil die Kapitalisten für ihre Maßnahmen zur Profitsteigerung durch Rationalisierung ja nur das Preisverhältnis von lebender Arbeit zu Strompreis interessiert, stellt die „Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke“, der alle großen öffentlichen Elektrizitätsunternehmen angehören, tröstlich fest: „Für die Industriebetriebe ist der Strombezug im Laufe der Jahre relativ günstiger geworden. Sie konnten für den gleichen Betrag, den sie für einen Bruttostundenlohn zahlen mußten, 1974 im Mittel mehr als die doppelte elektrische Arbeit von 1964 beziehen: 1964 waren es 53,2 Kilowattstunden, und 1974 aber 112,3 Kilowattstunden (bezogen auf den Durchschnittserlös).“ Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke überlegt sich also, ob die Preisentwicklung des Stroms noch den Bedürfnissen der kapitalistischen Rationalisierung entspricht und ob er nach wie vor erleichtert, menschliche Arbeitskraft durch „elektrische Arbeit“ zu ersetzen. Sie kommen zu dem Schluß, daß es sich immer besser lohnt und daß für die Summe Geld, die der Kapitalist für eine Arbeiterstunde bezahlt (bezahlt sie bekanntlich nur zum Teil, denn wo bliebe sonst die Mehrwertproduktion), heute doppelt soviel Strom gekauft werden kann wie 1964.

Die öffentlichen Elektrizitätsunternehmen sind Staatsmonopole. Wie wird der „Rationalisierungsanreiz“, so heißt ein günstiger Son-

dertarif, für die Kapitalisten ermöglicht? Indem die öffentlichen Stromlieferanten wie die NWK einen ununterbrochenen Raubzug gegen die Massen als Käufer von Strom unternehmen. Das ist Diebstahl von Staats wegen. Um einen Eindruck zu verschaffen, welche Beute die Bourgeoisie seit 1950 bei diesem Raubzug mit Hilfe des Strommonopols gemacht hat, haben wir ein Schaubild gemacht, in welchem diese Beute Jahr für Jahr kumulativ dargestellt wird. Bis 1975 hat die Bourgeoisie auf diese Art und Weise immerhin 43,583245 Milliarden aus den Massen herausgeholt.



Alle Zahlen aus Statistisches Jahrbuch 1976 und frühere Jahrgänge sowie Statistik der Energiewirtschaft 1975/76, hrsg. Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK)

(Aus: Kommunistische Volkszeitung, 2. Dezember 1976)

„Erlöse“ aus der Stromabgabe der Elektrizitätsversorgungsunternehmen

	Letztverbr. Sonderabnehmer		Letztverbr. Tarifabnehmer		Durchschnitts- erlös (insg.) (DM/KWh)
	Gesamt- erlös	Gesamt- abgabe	Gesamt- erlös	Gesamt- abgabe	
	(Mrd DM)	(Mrd KWh)	(Mrd DM)	(Mrd KWh)	(DM/KWh)
1950	0,924	17,135	1,250	7,171	0,0894
1951	1,174	21,329	1,443	8,390	0,0881
1952	1,535	23,027	1,693	9,206	0,1002
1953	1,791	24,701	1,903	9,959	0,1066
1954	2,033	29,256	2,053	11,069	0,1013
1955	2,276	33,038	2,236	12,484	0,0991
1956	2,573	37,411	2,458	14,549	0,0968
1957	2,850	40,325	2,645	15,828	0,0979
1958	3,010	41,003	2,933	17,676	0,1012
1959	3,270	45,087	3,199	19,364	0,1004
1960	3,737	51,190	3,588	22,341	0,0996
1961	3,931	53,424	3,956	25,160	0,1004
1962	4,169	57,158	4,345	28,548	0,0993
1963	4,551	62,132	4,336	33,575	0,0991
1964	4,922	67,634	5,249	36,153	0,0980
1965	5,267	70,066	5,729	40,125	0,0998
1966	5,595	73,877	6,259	44,031	0,1006
1967	5,640	74,445	6,670	47,295	0,1011
1968	6,012	82,839	6,986	52,055	0,0964
1969	6,377	92,861	7,455	56,966	0,0923
1970	6,784	98,544	8,172	66,108	0,0908
1971	7,517	106,143	9,000	73,033	0,0922
1972	8,608	116,147	10,539	82,199	0,0965
1973	9,779	129,720	11,606	87,687	0,0984
1974	10,912	134,156	13,087	91,561	0,1063
1975	12,175	129,590	15,352	96,369	0,1218

Unten in dem Schaubild ist die jährliche Zunahme der Summe aufgetragen, mit der sich die Kapitalisten durch die Tarifstromabnehmer zwangssubventionieren lassen.

Das ist nicht genug. Die Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-AG drückte das 1974 so aus: „Nur eine gesunde Ertragskraft der Schleswag könne die Finanzierung der erforderlichen Investi-

tionen zur Energieversorgung... gewährleisten.“ (Elmshorner Nachrichten)

Da müssen Gesetze her wie die „Strahlenschutzverordnung“, die den Kapitalisten das Recht auf radioaktive Bestrahlung des Volkes geben und dem Volk das Recht, sich bestrahlen zu lassen.

Für eine solche Sorte Staat sind noch zwei Tätigkeiten wichtig. Die erste ist die Führung der Polizeiknüppel zur „Sicherung von Großbaustellen“ für Atomkraftwerke (so drückte das Landrat Brümmer des Kreises Steinburg aus). Die zweite besteht in der Einziehung von Steuergeld zur Finanzierung und zur Bereitstellung von Geldmitteln für die „Nutzbarmachung und Anwendung von Kernenergie“, also Erforschung und Bauzuschüsse zu Kernkraftwerken. Das sind von 1956 bis heute knapp 20 Milliarden DM geworden – mit jährlich steigender Tendenz. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dieser Tendenz und dem Ausbau des Polizeiapparates.

Der größte Anteil an Steuern sind Lohnsteuern. Die Kapitalisten zahlen auch ein bißchen Steuern, etwa 15 Prozent vom gesamten Steueraufkommen, wovon sie das meiste als Zuschuß zurückerhalten.

Zusammenfassend: Die Massen subventionieren die öffentliche Stromversorgung, das heißt die Kapitalisten. Sie bezahlen den Staatsapparat. Sie bekommen dafür das Recht auf radioaktive Bestrahlung und die Androhung der „Mittel des Rechtsstaats“ (siehe 1. Kapitel) vom Polizeiminister und dem Staatsanwalt. Dagegen wird der Kampf geführt. Die Endabrechnung wird der bürgerlichen Klasse ausgestellt, ihr Staat zerschlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet werden.

Die Einheit der Arbeiter und Bauern wird den Bau des Kernkraftwerks verhindern

Im Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf schließen sich die Volksmassen zusammen im Kampf gegen die Reaktion. Entscheidend für den Kampf ist, daß die Einheit zwischen den Arbeitern und Bauern hergestellt wird. Das ist nur möglich im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat. Sieben Arbeiter von den Howaldt-Werken/Deutsche Werft haben in einer Resolution erklärt, auf welcher Linie der Kampf geführt und die Einheit hergestellt werden muß:

„Wir sind nicht gegen Kernkraftwerke. Aber die Unternehmer haben gezeigt, daß sie aus Profitgründen solche Anlagen nicht sicher betreiben können. Bei uns auf der Howaldt-Werft haben dies mehrere Explosionen in Azetylen-Gasanlagen, bei denen es sogar einen Todesfall gab, deutlich bewiesen: Nicht die Sicherheit zählt, sondern der Gewinn der Unternehmer.“

Der gewonnene billige Strom dient auch nicht der Sicherung der Arbeitsplätze, sondern nur der verschärften Rationalisierung.

Heute ist der Bau von Kernkraftwerken kein Fortschritt, sondern er zerstört die Lebensgrundlage der Bauern und gefährdet ganze Landstriche. Wir unterstützen deshalb den Kampf der Bauern und der Bevölkerung der Wilster Marsch gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf.

Die Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam gegen Kernkraftwerke kämpfen.

Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“

7 Kollegen der Howaldt-Werke/Deutsche Werft (November 1976).

Die BUU hat dazu aufgerufen, sich für Anfang Februar auf erneute Demonstrationen und Aktionen am Bauplatz vorzubereiten. Das ist unbedingt richtig. Die Bewegung gegen den Bau des Kernkraftwerks muß sich jetzt zusammenschließen und die Einheit herstellen, die notwendig ist, um auf den Platz zu gehen und die Bautätigkeiten einzustellen. Dazu muß geklärt werden, wie der Kampf jetzt fortgeführt werden muß. Der KBW hat dazu folgenden Vorschlag gemacht:

„Auf der Grundlage des Aufrufs der Aktionseinheit gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf und gegen das Energieprogramm der Bundesregierung beschließen wir:

Im Dezember 75 haben Bürgerinitiativen und Lebensschutzverbände aus Schleswig-Holstein beschlossen, den Bauplatz zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird. Deshalb hat am 26.10. und 27.10 die Landesregierung mit Polizeieinsatz in einer Nacht- und Nebelaktion den Bauplatz besetzt, um mit den Bauarbeiten gegen den Willen der Bevölkerung zu beginnen.

Das hat den Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerks keineswegs unterbinden können, ganz im Gegenteil: Die Front gegen das Kernkraftwerk und das Energieprogramm der Bundesregierung hat sich weiter verbreitert und vertieft. 30 000 haben in Brokdorf am Bauplatz um das Ziel gekämpft: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf.

Das Ziel war es, den Platz zu besetzen. 6 000 haben auf einem einheitlichen Aufruf eine Demonstration in Kiel durchgeführt. Immer geht es darum, wer seinen Willen durchsetzt: die Bevölkerung oder der Staat! Wir sind in der Lage, auf jeder Stufe dieses Kampfes unseren Zusammenschluß zu organisieren. Wenn der Bau oder eine Wiederaufbereitungsanlage geplant ist, so fordern wir: Kein Kernkraftwerk! Gelingt es dem Staat, mit dem Bau zu beginnen, so organisieren wir die Fortführung des Kampfes unter der Forderung: Einstellung aller Bautätigkeiten! Sollte ein Kernkraftwerk gebaut sein, so fordern wir: Keine Inbetriebnahme bzw. Einstellung des Betriebes!

Gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf fordern wir:

Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten! Räumung des Platzes!

Wir erklären: Wir werden unseren Kampf fortführen, bis der Bau eingestellt ist. Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut.

Da die Landesregierung und die NWK nicht bereit sind, entsprechend dem Willen der Bevölkerung den Bau einzustellen, werden wir selbst für die Einstellung der Bautätigkeiten sorgen. Wir rufen die Bauarbeiter, die gezwungen werden, dieses Kernkraftwerk zu bauen, auf, sich dem Kampf anzuschließen. Wir erklären der Landesregierung von Schleswig-Holstein, dem Hamburger Senat und der Bundesregierung: Wir werden solange Aktionen und Demonstrationen zur Einstellung der Bautätigkeiten durchführen, bis unser Ziel erreicht ist: Sofortige Einstellung der Bautätigkeiten und Räumung des Platzes. Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! Wir werden unser Ziel durchsetzen, denn es ist gerecht. Es ist das Ziel der Bauern der Wilster

Marsch, der Arbeiter und Werktätigen im ganzen Land. Polizei, Wassergräben, Stacheldraht und Tränengas werden uns nicht daran hindern können. Es sind hilflose Mittel und Versuche der Minderheit der Banken und Konzerne, ihre Gewinninteressen mittels ihres Staates gegen den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Sie werden scheitern. Wir werden siegen.“



Dieser Ackerwagen steht am Bauplatz in Brokdorf